

Siebente Sitzung – Septième séance

Mittwoch, 6. Dezember 1989, Vormittag
 Mercredi 6 décembre 1989, matin

09.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Cavelti

89.041

Neue Finanzordnung Nouveau régime financier

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwurf vom 5. Juni 1989 (BBI III, 1)
 Message, projet d'arrêté et de loi du 5 juin 1989 (FF III, 1)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Meier Hans, Berichterstatter: In der Botschaft, die wir zu behandeln haben, unterbreitet der Bundesrat die Entwürfe zur neuen Finanzordnung (Verfassungsstufe) und Neugestaltung der Stempelabgabe (Gesetzesstufe). Die Kompetenz des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Warenumsatzsteuer läuft Ende 1994 ab. Deshalb muss die Verfassungsbestimmung geändert werden.

Die Warenumsatzsteuer soll durch eine modernisierte Umsatzsteuer abgelöst werden, deren Kernpunkte unter anderem umfassen: Beseitigung der *Taxe occulte*, Aufhebung der Satzstaffelung zwischen Engros- und Detailhandel, Energiebesteuerung – auch der Prozessenergie –, Besteuerung baugewerblicher Leistungen zum vollen Steuersatz, Unterstellung ausgewählter Dienstleistungen unter die Umsatzsteuer. Der Bundesrat beantragt ferner, die bisherige zeitliche Befristung sowohl der Umsatzsteuer als auch der direkten Bundessteuer aufzuheben. Die Höchstsätze der direkten Bundessteuer und der Umsatzsteuer sollen weiterhin in der Verfassung verankert werden.

Sodann ist zur Deckung allfälliger finanzieller Engpässe der AHV, bedingt durch die demographische Entwicklung, ein Zusatz zur Umsatzsteuer vorgesehen. Der Höchstsatz dieses Zuschlages ist ebenfalls in der Verfassung festgelegt.

Schliesslich soll die neue Verfassungsbestimmung auch die Grundlage für die Umwandlung der Fiskalzölle in interne Verbrauchssteuern bilden. Diese Umwandlung soll haushaltneutral erfolgen. Der Bundesrat begründet in seiner Botschaft verschiedentlich, weshalb kein Übergang zur Mehrwertsteuer in Frage kommt. Er erwähnt, mit einem solchen Wechsel würden wir der EG zweifellos eine erhöhte Harmonisierungsbereitschaft signalisieren, die vor allem politisch von Nutzen wäre. Er befürchtet aber ein zu grosses abstimmungspolitisches Risiko, einen erheblichen administrativen Aufwand des Systems sowie zusätzliche Defraudationsmöglichkeiten. Seiner Ansicht nach drängt sich ein Wechsel aus Gründen einer verbesserten Europafähigkeit nicht auf.

Zur unbefristeten Neuordnung der Bundesfinanzen: Die bisherige Befristung zwang immerhin in gewissen grösseren Zeitabständen zu einer umfassenden Überprüfung der Lage!

Die bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklungen und – neuerdings – der unausweichliche Zwang, uns möglichst europafähig einzustellen – wollen wir nicht schwerwiegende Nachteile in Kauf nehmen –, haben die Kommission veranlasst, die Frage eines schweizerischen Modells einer Mehrwertsteuer

doch näher zu prüfen. Sie wünschte vom Eidgenössischen Finanzdepartement einen Bericht, wie eine schweizerische Regelung in verschiedenen Varianten gestaltet werden könnte. Nach der Beratung des Berichtes wünschte sie, dass man ihr aufzeige, wie eine verfassungsmässige Formulierung der Varianten III und IV aussähe würde. Diese Unterlagen erwartet die Kommission gegen Ende Januar 1990.

Es sollen einige Gründe, die zu diesen Abklärungen Anlass geben, kurz dargestellt werden:

1. In der Botschaft wird ausgeführt, neben der Schweiz wende man in den USA, in Kanada und Australien das System der aufgeschobenen Steuerzahlung – also das Einphasensystem – an. Das Allphasensystem mit Vorsteuerabzug werde hingegen in der EG angewandt. Unter den OECD-Ländern sind Österreich, Finnland, Neuseeland, Norwegen, Schweden und die Türkei erwähnt. Am 1. Januar 1993 soll der europäische Binnenmarkt, EG 92, verwirklicht sein, auch wenn ab jenem Datum die vier Freiheiten sicher noch nicht uneingeschränkt ausgeübt werden können. Und 1995 starten wir mit unserer modernisierten Umsatzsteuer, die mehr dem amerikanischen System als jenem der EG- und der Efta-Länder entspricht. Zugegeben: Der administrative Mehraufwand und die grösseren Betrugsmöglichkeiten können nicht bestritten werden. Aber alle Konkurrenten aus der EG, die grossen wie die kleinen, tragen den gleichen Aufwand. Auch sind unsere kleinen und mittleren Betriebe mindestens so fähig, diese Administration zu bewältigen, wie jene in gewissen EG-Ländern, die ich nicht zu nennen brauche. Betrug ist nie auszuschliessen, und ein Vergleich mit den EG-Ländern, die die Mehrwertsteuer praktizieren, dürfte auch hier zugunsten der Schweiz ausfallen.

Vielleicht könnte man auch anderen administrativen Aufwand verringern, um eine Kompensation der Mehrarbeit bei der Mehrwertsteuer zu erreichen.

2. Ein weiterer Grund für eine nähere Abklärung ist die Tatsache, dass auch die modernisierte Umsatzsteuer schwer zu lösende Probleme beinhaltet. Auch das dürfte weitherum bekannt sein.

Die Prozessenergie wird besteuert, was systemwidrig ist und der EG querliegt. Wenn der Bundesrat in seiner Botschaft auf Seite 21 schreibt: «Das unbestrittene Ziel jedoch, unserer Wirtschaft auf Export- und Inlandmärkten gleich lange Spiesse wie ihrer Konkurrenz aus der EG zu verschaffen, kann mit einer modernisierten Wust ebenso gut und erst noch mit weniger administrativem Aufwand erreicht werden», dann trifft das – leider – für eine Reihe bedeutender Industriezweige nicht zu. Berechnungen bei Stahl und Zement ergeben Belastungen von rund 150 bzw. 230 Prozent im Vergleich zur bisherigen *Taxe occulte*. Industrien, die viel Prozesswärme brauchen und zum Teil noch Standortnachteile haben, geraten der Konkurrenz im nahen Ausland gegenüber hoffnungslos ins Hintertreffen.

Als unzumutbare Ungerechtigkeit wird die Vereinheitlichung und Erhöhung der baugewerblichen Steuersätze bezeichnet, wenn die marktfähigen baugewerblichen Leistungen von Kantonen und Gemeinden steuerlich weiterhin nicht erfasst werden. Die Besteuerung ausgewählter Dienstleistungen wird als willkürliche Erfassung einzelner Dienstleistungen betrachtet, die zudem schwerwiegende Abgrenzungsprobleme, Wettbewerbsverzerrungen und Steuerumgehungs-Konstruktionen beinhaltet.

Die Kompensation des Ausfalles durch die Ausschaltung der *Taxe occulte* basiert aber auf diesen neuen Belastungen.

3. Im Hintergrund steht auch das Problem des zukünftigen Finanzbedarfs. Weder Finanzplan noch Finanzperspektiven können den Zeitraum nach 1995 einigermaßen zuverlässig erfassen. Auch wenn die Aufgaben nach den verfügbaren Mitteln gelöst werden müssen, sei kurz an einiges erinnert, was der Lösung harret: «Bahn 2000» beschlossen, Mehrkosten seit der Abstimmung bekannt; Übergangslösung Gotthard-Lötschberg, etwa 1,5 Milliarden Franken; Neat – auch wenn neue Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden –, gestern abend mit schätzungsweise Kosten von 10 Milliarden Franken bekanntgegeben. Wer glaubt noch an eine kostenneutrale 10. AHV-Revision? Betragen die zukünftigen Bundes-

leistungen an die Krankenkassen 1,3 oder 2,6 Milliarden Franken? Was muss für Entwicklungshilfe, Umweltschutz, Landwirtschaft usw. inskünftig aufgewendet werden?

Ist es der Kommission zu verargen, wenn sie sich in Anbetracht einer solchen Ausgangslage, bei allen Risiken, die bestehen, nicht einfach mit dem Entscheid des Bundesrates, nämlich keine Mehrwertsteuer, abfindet – wenn sie sich verpflichtet fühlt, eingehende Abklärungen vorzunehmen?

In der Botschaft ist nichts ausgesagt – auch die Kommission hat nicht darüber gesprochen –, ob allenfalls die hie und da vorgeschlagene Aufhebung der direkten Bundessteuer und eine entsprechende Kompensation durch die Mehrwertsteuer eine mögliche Lösung darstellen könnten. Da die notwendige Zeit für eine Prüfung einer derart komplexen Lösung nicht zur Verfügung steht, kann eine Diskussion derzeit unterbleiben. Nicht unerwähnt möchte ich aber lassen, dass man nicht selten auch die Stellungnahme jener hört, die einfach mit einer Verlängerung der bisherigen Wust-Regelung liebäugeln.

Die Kommission führt ihre Beratungen am 29. Januar sowie am 9. und 23. Februar 1990 weiter, um diese Verfassungsvorlage so rasch als möglich zu unterbreiten. Bis heute sind keine Entscheidungen – weder für das eine noch für das andere System – gefallen.

Während die Beratungen der Verfassungsvorlage «Neue Finanzordnung» – wie bereits dargelegt – weitergehen, hat die Kommission an der Sitzung vom 13. November dieses Jahres nach der zweiten Lesung die Revision des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben in der Gesamtabstimmung mit 9 Stimmen gegen 1, bei 2 Enthaltungen, so verabschiedet, wie Sie dies aus der Fahne ersehen.

Der Bundesrat schildert in der Botschaft den seit Jahren vor sich gehenden Strukturwandel. Er weist darauf hin, wie durch die Globalisierung der Finanzmärkte die Rahmenbedingungen radikal verändert wurden. Diese Entwicklung ist auch noch nicht abgeschlossen. Der Aufschwung der Finanzplätze London und Luxemburg, um nur diese als Beispiele anzuführen, beweist deutlich, welche Auswirkungen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zeitigt. Mit Recht weist der Bundesrat darauf hin, wie neue finanzielle Instrumente, die zunehmende Volatilität von Zinsen und Wechselkursen neue Märkte zur Folge hatten, welche Änderungen durch vermehrtes Auftreten von institutionellen Anlegern und dank der Entwicklung auf dem Gebiet von Information und Telekommunikation die Lage innert kurzer Zeit ganz entscheidend beeinflusst haben. Die Ausführungen in der Botschaft geben ein klares Bild; sie zeigen auch auf, dass eine Reform des Gesetzes über die Stempelabgaben notwendig ist. In der grundsätzlichen Beurteilung teilt die Kommission die Auffassung des Bundesrates. Der entscheidende Unterschied liegt in der Frage, ob die Revision dringlich und die Abwanderung drohend ist.

Die Kommissionsmehrheit vertritt entschieden den Standpunkt, dass hier rasch gehandelt werden muss. Sie erinnert daran, dass das Parlament den Bundesrat schon 1986 mit einer raschen Reform der Stempelabgaben beauftragt hat. Die weitere Abwanderung und einen noch grösseren Rückstand gegenüber anderen Finanzplätzen muss man so rasch als möglich zu verhindern suchen.

Es mutet seltsam an, dass man mehr Wettbewerb verlangt und darauf hinweist, dass Regelungen bei Banken selbst sowie bei Börsen und Kantonen die Wettbewerbsfähigkeit behindern würden, und im Zusammenhang mit dem Abbau gewisser staatlicher Hindernisse wieder neue schwerwiegende Wettbewerbsnachteile einführen will. Auch wenn es in Anbetracht der überbordenden Kritik an den Banken wenig populär ist, für eine rasche Lösung einzutreten, drängt sich auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt mit dem weitgehenden Abbau der Kapitalverkehrssteuern ein Handeln ohne weiteren Verzug auf.

In den Kommissionsverhandlungen haben sich folgende Mehrheitsentscheide ergeben: Der Befreiung der gewerbmässigen Händler von der Umsatzabgabe auf Eigenbeständen wird zugestimmt (Ausfall etwa 220 Millionen Franken). Zustimmung findet auch die vorgeschlagene Aufhebung der Umsatzabgabe auf Euro-Emissionen und Ausland/Ausland-Geschäften (Ausfall etwa 280 Millionen Franken). In- und aus-

ländische Geldmarktpapiere mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr sind vollständig – nicht nur *pro rata* – von der Umsatzabgabe zu befreien (Ausfall etwa 130 Millionen Franken). Die Wiedereinführung der Emissionsabgabe auf inländischen Obligationen wird gutgeheissen (Mehreinnahmen etwa 230 Millionen). In Zusammenhang damit soll aber die Emission inländischer Obligationen künftig nicht mehr einer Umsatzabgabe unterworfen sein (Ausfall etwa 65 Millionen). Die Neudefinition des Begriffes der «übrigen Effektenhändler» bei der Umsatzabgabe wurde diskussionslos akzeptiert; das ergibt zusammen mit anderen Massnahmen Mehreinnahmen von etwa 70 Millionen Franken.

Mehrheitlich abgelehnt wurden sodann Stempelabgaben auf Prämien der Lebensversicherung (geschätzte Mehreinnahmen etwa 150 Millionen), Umsatzabgaben auf Treuhandanlagen (etwa 330 Millionen).

Sie haben auf Ihrem Pult eine Liste der Verwaltung, die einen ausgezeichneten Ueberblick über die geschätzten Einnahmehäufungen und Mehreinnahmen bietet. Dort werden auch die Anträge des Bundesrates den Anträgen der Kommissionsmehrheit gegenübergestellt, so dass gegenwärtig keine weiteren Ausführungen notwendig sind.

Damit lassen sich Mindereinnahmen bei den Stempelabgaben von 395 Millionen Franken abschätzen. Es muss in diesem Zusammenhang ein wichtiger Hinweis angebracht werden: In der Botschaft selbst wird darauf hingewiesen, dass Schätzungen mit Schwierigkeiten verbunden und erhebliche Abweichungen nicht ganz ausgeschlossen sind. Mögliche Schätzungsfehler sind daher in beide Richtungen nicht auszuschliessen, abgesehen davon, dass die Entwicklung auf den Finanzplätzen ganz erhebliche Abweichungen auslösen kann.

Und nun zum Hauptproblem: Den geschätzten Ausfall von rund 400 Millionen Franken nimmt die Kommission keineswegs in Kauf. Es ist auch verständlich, wenn der Bundesrat diese Mehreinnahmen kompensiert haben will. Die Kommission kennt aber keine vertretbare Möglichkeit, im Rahmen des Stempelabgabengesetzes weitere Kompensationen vorzuschlagen, wenn die Konkurrenzsituation nicht noch weiter verschärft werden soll. Es ist keine Lösung, wenn weltweit tätige Schweizer Institute wohl im Geschäft bleiben, dieses aber durch eine Auslandsniederlassung oder Tochtergesellschaft betreut wird. Dem schweizerischen Fiskus geht das entsprechende Steuersubstrat auch für die direkte Steuer verloren, möglicherweise unwiederbringlich. Die zahlreichen Arbeitsplätze werden im Ausland geschaffen, was unter veränderten Verhältnissen auch wieder Bedeutung haben könnte. Wie viele Millionen gehen unter diesen Gesichtspunkten verloren – besonders wenn sich noch Konsequenzen bei der Verrechnungssteuer ergeben könnten?

Mittelfristig sind bestimmt Mehreinnahmen bei den direkten Steuern als Folge der Erleichterung und voraussichtlichen teilweisen Repatriierung des Geschäftes zu erwarten. Dann müssten auch die Vorleistungen seit 1978 einmal berücksichtigt werden, als die Stempelabgaben auf Ausland/Ausland-Geschäfte ausgedehnt und die anwendbaren Sätze um 50 Prozent erhöht wurden. Bezeichnenderweise wurde diese Erhöhung damit begründet, sie dränge sich als Kompensation für die Nichterfassung der Banken durch die damals geplante Mehrwertsteuer auf. Diese Mehrwertsteuervorlage wurde zwar zweimal von Volk und Ständen verworfen, die Erhöhung der Stempelabgaben hob aber niemand wieder auf. Am 29. Januar 1990 werden Hearings mit Vertretern der verschiedenen Bankengruppen veranstaltet werden. Die in der Einladung formulierte Frage lautet: «Welche Möglichkeiten schlagen Sie vor, um Bankdienstleistungen als Ersatz für die Ausfälle bei der Revision der Stempelabgaben heranzuziehen?»

Die Tatsache, dass dagegen bereits ein Referendum angedroht wurde, zwingt uns, eine bedeutende Teilkompensation weder zu beantragen noch zu beschliessen, bevor nicht die Revision der Stempelabgaben gesichert sein wird. Neue Vorleistungen kommen unter Berücksichtigung der negativen Haltung gegenüber dieser Revision nicht in Frage. Man sollte auch nicht immer damit argumentieren, die Revision entlaste nur die Banken. In erster Linie entlastet sie die Bankkunden.

Zudem zwingt die internationale Bankkonkurrenz zum Handeln. Die Revision des Stempelgesetzes muss nicht in die Konzeption einer neuen Finanzordnung eingebunden werden. Umsatzsteuer und direkte Bundessteuer benötigen eine neue Basis auf Verfassungsstufe. Das hinderte nicht daran, die direkte Bundessteuer vorgängig einer Totalrevision zu unterziehen. Bei den Stempelabgaben geht es nur um gezielte Einzelkorrekturen. Aus all diesen und weiteren gewichtigen Gründen beantragt Ihnen die Kommissionsmehrheit, erstens auf die Vorlage zur Neuordnung der Bundesfinanzen und zur Aenderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben einzutreten, zweitens die Revision des Gesetzes über die Stempelabgaben vorzuziehen, weil durch die Kommission verabschiedet, und drittens den Anträgen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Jelmini: Le but de la réforme du régime financier dépasse largement le projet que notre commission nous propose de discuter et d'approuver pendant cette session. En effet, compte tenu du fait qu'à la fin de 1994, la Confédération se verra retirer la compétence de percevoir l'ICHA et l'impôt direct, le Conseil fédéral propose d'adopter un régime financier qui puisse améliorer la neutralité de l'impôt indirect par rapport à la concurrence à l'intérieur et la compétitivité sur les marchés internationaux. Le Conseil fédéral propose en outre d'abroger le caractère temporaire des deux impôts. Ce but doit être atteint en sauvegardant l'équilibre financier et budgétaire et en respectant une redistribution équitable. Le gouvernement propose ensuite de modifier la loi sur les droits de timbre par la suppression ou l'allègement de certains droits afin de renforcer la compétitivité sur le plan international de notre place financière.

Cette révision est évidemment plus simple. Il s'agit au fond de prendre ou de laisser tandis que la réforme de l'ICHA, avec la suppression de la taxe occulte, soulève différents problèmes dans le secteur de l'impôt sur la consommation et laisse entrevoir d'autres solutions, notamment celle de la TVA qui, à vrai dire, présente des avantages considérables.

Personnellement, j'ai adhéré à la proposition de séparer le débat sur les deux objets et d'anticiper l'examen de la loi sur les droits de timbre, en souhaitant – je dirai même sous condition – qu'au moins une partie des pertes fiscales découlant de l'abrogation de certains droits de timbre puisse être compensée d'emblée à l'intérieur de la réforme de cette loi et qu'enfin, en poursuivant la réforme complète – c'est-à-dire grâce à un aménagement opportun de l'impôt sur la consommation et, si nécessaire, par une adaptation convenable de l'impôt direct – le résultat puisse assurer l'actuel équilibre budgétaire, la redistribution équitable des charges fiscales entre les diverses couches sociales et un rapprochement adéquat du système fiscal européen.

Il ne faut pas oublier que dans certaines institutions – AVS, assurance-maladie, transports et réseau des Chemins de fer fédéraux – compte tenu de l'évolution démographique et des exigences actuelles, il est probable, comme on l'a d'ailleurs rappelé ce matin, que la Confédération sera appelée à une participation financière plus importante à l'avenir. Mais les intentions du Parlement doivent être suffisamment transparentes pour que le souverain qui, tacitement ou expressément, devra donner son consentement, puisse avoir l'assurance que les équilibres seront maintenus. L'expérience désormais centenaire dans ce secteur nous enseigne en effet que le souverain est très sensible aux changements et qu'il sait bien s'orienter dans ce domaine et peser les résultats et les conséquences. Nous ne devons pas agir et décider sous la pression de la politique référendaire, mais nous devons admettre qu'il est prudent d'expliquer clairement notre programme et de respecter les engagements.

En ce qui concerne le projet que nous examinons aujourd'hui, je partage le souci du Conseil fédéral de supprimer, dans l'ensemble des droits de timbre, ceux qui compromettent la compétitivité de notre place financière par rapport à celle d'autres pays concurrents. On veut ainsi éviter, à moyenne ou à longue échéance, un affaiblissement d'une branche qui fournit de nombreuses places de travail et qui, il faut bien le recon-

naître, sera soulagée par ces mesures et devra faire preuve de bonne volonté dans la suite de la réforme financière. Il est toutefois possible d'atteindre ce but, auquel on ne peut pas nier une certaine urgence, en limitant les allègements fiscaux aux opérations qui sont véritablement menacées par la concurrence internationale et en réduisant aussi par des compensations dans d'autres secteurs de cette même loi les pertes difficiles à compenser ailleurs. Nous verrons cela dans la discussion de détail. Dans cet esprit, je voterai l'entrée en matière.

Küchler: Ich bin meinerseits für Eintreten auf die Vorlage über die Neuordnung der Bundesfinanzen, aber auch auf das Bundesgesetz über die Stempelabgaben. Ferner möchte ich mich für die Abkoppelung der Gesetzesvorlage von der gesamten Finanzreform aussprechen, denn es gibt meines Erachtens keine sachlich zwingenden Gründe, wonach diese beiden Vorlagen gemeinsam behandelt werden müssen.

Herr Nationalrat Feigenwinter hat ja mit seiner Einzelinitiative in der Grossen Kammer den Antrag gestellt, die Revision des Stempelgesetzes als dringliche Angelegenheit vor der übrigen Bundesfinanzordnung zu behandeln, und der Nationalrat seinerseits hat sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Worum geht es nun bei der vorgezogenen Revision der Stempelabgaben? Ich möchte mich heute vor allem zu diesem Thema äussern. Es geht um die Stärkung des Finanzplatzes Schweiz und mithin auch um die namhaften Bundeseinnahmen von dieser Seite. Ich meine, eine solche kann und darf uns nicht gleichgültig sein vor dem Hintergrund des künftig erhöhten Finanzbedarfes, wie dies der Herr Kommissionspräsident dargelegt hat. Im Raum steht also nicht etwa die Vergrösserung der Gewinnmarge der Banken, wie dies in diesem Zusammenhang immer wieder fälschlicherweise behauptet wird, sondern die fiskalische Behandlung ihrer Kunden. Wir wollen die Schweizer Finanzwirtschaft langfristig in die Lage versetzen, die weltweite Kundschaft auch inskünftig von der Schweiz aus und nicht bloss von Schweizer Bankfilialen im Ausland aus bedienen zu können. Das heute vom Stempel erfasste Geschäft darf nicht aus Kostengründen ins steuergünstigere Ausland abfliessen, wo zwar die Schweizer Banken über Filialen und Tochtergesellschaften präsent sind, aber der schweizerische Fiskus nichts mehr davon hat. Da stimmt mir sicher auch Herr Finanzminister Stich zu. Das, und nur das, verstehen wir unter dem Begriff der Konkurrenzfähigkeit unseres Finanzplatzes.

Eine gesamtheitliche Betrachtung des Problems ist schon deshalb notwendig, weil die Finanzwirtschaft ein Teil der schweizerischen Volkswirtschaft ist und bleibt. Je mehr Mittel in die Schweiz fliessen, desto tiefer lassen sich auch die Zinsen in unserem Lande letztlich halten. Ich erinnere auch an die Interdependenz beispielsweise zwischen der Exportwirtschaft und dem Finanzsektor.

Warum aber gerade jetzt die Revision des Stempelgesetzes? Seit den achtziger Jahren haben ausländische Finanzplätze ihren Rückstand gegenüber der Schweiz aufgeholt, was ihre wirtschaftliche und politische Stabilität angeht. Mehr noch, sie haben ihre Rahmenbedingungen auf steuerlicher und bankenrechtlicher Ebene gelockert. Sie haben dies in weiterem Umfang und vor allem schneller tun können, als es in unserem Lande möglich ist. So hat z. B. die Bundesrepublik Deutschland die Aufhebung ihrer Börsenumsatzsteuer angekündigt. Aber auch Fehler können im Ausland in sogenannt parlamentarischen Regierungssystemen rascher korrigiert werden als bei uns. Die ebenfalls deutsche Kapitalertragssteuer auf Zinsen wurde per Anfang 1989 beispielsweise eingeführt und nach einem halben Jahr bereits wieder aufgehoben. In dieser kurzen Zeitspanne sind aber bereits Gelder im Umfang von schätzungsweise rund hundert Milliarden Deutsche Mark aus der Bundesrepublik abgeflossen. Ob sie je wieder in dieses Land zurückfliessen werden, erscheint ungewiss, aber allein dieses Beispiel zeigt uns, wie volatil und vor allem flüchtig die Finanzmärkte sind. Und diesem Trend gilt es nun entgegenzuwirken.

Der schweizerische Gesetzgeber hat bislang wenig, leider sehr wenig dereguliert und die Rahmenbedingungen für die hiesige Finanzwirtschaft insgesamt eher verschlechtert. So

wurden 1977 die Stempelsätze um 50 Prozent erhöht, und zwar als Vorleistung für eine Mehrwertsteuervorlage, die damals zur Diskussion stand. Die Mehrwertsteuer wurde dann von Volk und Ständen abgelehnt, die Stempelhöhung jedoch blieb.

Auch das Bankgeheimnis, eine schweizerische Besonderheit, zieht längst nicht mehr wie einst, zumal die grossen institutionellen Anleger die Prioritäten anders setzen, die sich genauso gut oder noch besser im Ausland verwirklichen lassen.

Die Informatisierung und Globalisierung des Geschäfts haben, wie der Kommissionspräsident ausgeführt hat, das Ihre dazu beigetragen. Nun gilt es, nicht weiter bloss umzuregulieren, sondern auch in der Schweiz ernsthaft zu deregulieren. Wie sehr es eilt, zeigen die beiden erwähnten Beispiele aus Deutschland. Gerade als Nicht-EG-Mitglied müssen wir zu den Vorzügen und zum guten Ruf unseres Wirtschaftsstandortes besonders Sorge tragen. Die Finanzwirtschaft ist nicht minder auslandabhängig als etwa unsere Uhrenindustrie; deren mittlerweile mit grössten Anstrengungen bewältigte Krisen jetzt auch im Bankensektor nachzuvollziehen besteht nun meines Erachtens wirklich kein Anlass, erst recht nicht in dieser heiklen, für die Orientierung der schweizerischen Volkswirtschaft gegenüber Europa und der Welt kritischen Zeit. In diesem Sinne bin ich also grundsätzlich für Eintreten auf die Vorlage zur Neuordnung der Bundesfinanzen, aber auch zur Aenderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben. Vor allem unterstütze ich das Vorziehen der Aenderungen des Stempelgesetzes.

M. Delalay: Je souhaite intervenir dans la discussion générale sur le nouveau régime financier de la Confédération pour mettre en lumière les motifs et les conditions de notre adhésion à la décision de la commission.

La Confédération perçoit actuellement le droit de timbre, et cela depuis 1917. Ce droit de timbre représente, dans le compte de 1988 de la Confédération, les 8 pour cent des impôts fédéraux, soit une somme de 2 milliards de francs, ce qui est important. Pourquoi donc, dès lors, démanteler une ressource d'un aussi bon rendement et dont le fonctionnement est aussi simple? En effet, en matière d'impôts, le rendement et la simplicité dans la perception sont les vertus cardinales d'un prélèvement.

Une réduction du droit de timbre s'impose, à notre avis, pour les raisons suivantes: tout d'abord, à cause de la concurrence, toujours plus vive dans le domaine des placements à l'échelle mondiale; ensuite, de la nécessité de conserver à la place financière suisse une certaine compétitivité. Cette dernière a diminué, ces dernières années, en raison de frais de courtage et de la présence du droit de timbre qui nous occupe aujourd'hui. A cet égard néanmoins, il faut remarquer que nous pourrions très bien mettre en cause les droits de négociation cantonaux qui sont aussi importants mais dont malheureusement nous ne pouvons parler aujourd'hui puisque cela n'est pas de la compétence de notre Parlement.

La commission a donc admis, dans un premier temps, de séparer la révision du droit de timbre de l'élaboration du régime financier. Les raisons en sont que les Chambres ont transmis diverses interventions parlementaires visant à améliorer les conditions-cadres applicables à la place financière suisse, et cela déjà au cours des années 1985 et 1986. Ensuite, il est nécessaire d'atteindre rapidement les objectifs que vise la déréglementation, ce qui n'est pas possible si la modification de la loi sur le droit de timbre demeure couplée avec la discussion sur l'ensemble du régime financier.

Nous sommes également conscients que cette solution présente un certain nombre de dangers. Je souhaite en évoquer l'un ou l'autre. Tout d'abord, si la loi sur le droit de timbre entre en vigueur avec une importante réduction de recettes pour la Confédération, et cela sans compensation dans le régime financier, il en résultera une réduction importante des ressources de la Confédération, notamment au préjudice des cantons économiquement faibles, ce dont nous ne voulons pas. Ensuite, si le droit de timbre entre en vigueur avec une forte réduction de recettes, mais avec une compensation sur le plan des impôts indirects tels que l'impôt sur le chiffre d'affaires

ou la taxe à la valeur ajoutée, les consommateurs feront les frais de l'allégement qui interviendra sur le plan du capital. Enfin, si la loi sur le droit de timbre fait l'objet d'un référendum, nous serons continuellement dans l'incertitude quant au résultat de ce référendum, ce qui engendrera un certain blocage des travaux relatifs à la révision du régime financier de la Confédération.

Malgré les inconvénients dus au fait de séparer la discussion du droit de timbre et du nouveau régime financier, l'évaluation des intérêts en présence nous dicte en quelque sorte la nécessité de régler tout d'abord le droit de timbre. Il faut souligner que, si nous sommes d'accord de séparer ces deux discussions, est-ce à certaines conditions. Il est incontestable que l'exercice de soutien que nous voulons accorder à la place financière suisse favorise en premier lieu les clients des banques et, indirectement, les banques également.

Il est difficile, aujourd'hui, d'apprécier combien ce rétablissement de la compétitivité rapportera en impôts par le retour d'affaires supplémentaires dans notre pays. En tout état de cause, nous estimons que des compensations sont nécessaires dans le même secteur et ne sauraient être portées à la charge des consommateurs. Selon notre président, la commission aura en janvier des entretiens avec les représentants des banques afin de connaître leur position quant aux compensations éventuelles. Il est peut-être optimiste de penser pouvoir tirer des propositions positives à cette occasion, en vue de maintenir la charge fiscale dans le camp du capital, mais l'essai vaut la peine d'être tenté. En effet, si cette consultation et ces entretiens devaient s'avérer un exercice nul, il demeure quelques possibilités de compensation que notre conseil pourrait alors examiner. Je pense en particulier à celle qui consisterait à s'engager vers un impôt de consommation de type taxe à la valeur ajoutée, auquel certaines prestations bancaires pourraient être soumises. Ces dernières pourraient d'ailleurs également être touchées par l'impôt de consommation, même si nous en restions à l'impôt sur le chiffre d'affaires que nous connaissons actuellement. En outre, une autre possibilité – qui plaira certainement davantage à notre ministre des finances – consiste à effectuer des travaux dans le cadre de l'harmonisation fiscale et de l'impôt fédéral direct.

Une divergence demeure avec le Conseil national en ce qui concerne l'imposition du bénéfice des personnes morales. Nous sommes favorables à un impôt à trois échelons, selon l'intensité de rendement des entreprises, alors que le Conseil national s'est prononcé en faveur d'un système d'impôt proportionnel. Ce dernier permettrait de taxer plus fortement les entreprises fortement capitalisées, telles que les banques, et tendrait à compenser le manque à gagner que nous déciderons de fixer probablement aujourd'hui en matière de droit de timbre.

Nous apprécierons donc la situation au fur et à mesure de l'avancement des travaux, l'essentiel étant de souligner que l'accord de la commission est subordonné à une compensation dans le même secteur. Et nous adhérons à la décision de la commission de séparer la discussion sur le droit de timbre de celle relative au nouveau régime financier, et de modifier les dispositions sur le droit de timbre.

C'est dans ces conditions que nous vous invitons à suivre la commission et à accepter l'entrée en matière.

Frau Weber Monika: Es ist mir wichtig zu betonen, dass, wenn wir von Eintreten reden, wir ein Eintreten auf zwei Vorlagen meinen; auf zwei Vorlagen, die sehr eng miteinander verknüpft sind. Ich meine, dass man es sich nicht erlauben darf, diese Vorlagen unabhängig voneinander zu sehen, auch wenn die eine auf Verfassungsebene eine Aenderung vorsieht und die andere auf der Gesetzesebene. Auch wenn wir nicht ordentlich vorgegangen sind und mit dem zweiten Teil heute beginnen werden, muss man das Ganze als ein Paket sehen.

In der ersten Vorlage wird eine «neue» Finanzordnung vorgeschlagen. Neu steht in Anführungszeichen, denn der Bundesrat schlägt einfach eine erweiterte Wust vor. Interessanterweise war in der Kommission eine Art Aufbruchstimmung hin zu einer Mehrwertsteuer zu spüren. Darauf hat schon der Kommissionspräsident hingewiesen. Diese Aufbruchstimmung

war sogar recht stark, doch prallte sie an unserem Finanzminister ab, der absolut nichts von einer Mehrwertsteuer wissen wollte. Den Grund seines Widerstandes – seines Trotzes, würde ich sagen – suche ich in einer eigentlichen Furcht davor, das Volk könnte wieder dagegen sein, weniger also in materiellen Erwägungen. Ich erinnere mich doch an frühere Zeiten, als Herr Bundesrat Stich, noch im Nationalrat, solchen zukunftsgerichteten Vorstellungen nicht feindlich gegenüberstand.

Ich persönlich trete mit Ueberzeugung für eine Mehrwertsteuer ein; selbstverständlich nach helvetischem Muster. Wie könnte das anders sein? Die heutige Warenumsatzsteuer ist seit langem reformbedürftig. Die Wettbewerbsverfälschungen durch die Staffelung des Steuersatzes sowie durch die Belastung von Investitionsgütern und Betriebsmitteln sollten korrigiert werden. Schliesslich sollten in unserer Dienstleistungsgesellschaft nicht nur Waren, sondern auch Dienstleistungen besteuert werden. Dabei darf man natürlich auch vor den Banken und Versicherungen nicht haltmachen.

Es hat tatsächlich wenig Sinn, die indirekte Besteuerung auf Waren zu konzentrieren, deren Anteil am privaten Verbrauch abnimmt. Unerlässlich scheint mir auch eine Reform der Umsatzsteuer bzw. eine Umwandlung der Wust in eine Mehrwertsteuer, damit wir endlich von einer Kompatibilität im internationalen Bereich reden können.

Man weist oft darauf hin, dass die Mehrwertsteuer schon zweimal von Volk und Ständen abgelehnt worden ist. Die Gründe dafür lagen vor allem in der Verknüpfung der damaligen Vorlage mit Mehreinnahmen. Die Zeiten haben sich aber seit der letzten Abstimmung sehr geändert. Ein Europa steht vor der Türe, und manch einer stellt sich heute auf Dinge ein, mit denen er vor zwei Jahren vielleicht noch Mühe gehabt hätte.

Indem ich pointiert und entschieden für eine Mehrwertsteuer eintrete, gebe ich auch ein klares Bekenntnis dafür ab, dass sich der Bund insbesondere auf seine Hauptsteuern konzentrieren sollte: auf die direkten Steuern und die Umsatzsteuer. Störende Wettbewerbsmomente, Relikte sozusagen – wie beispielsweise die Stempelabgaben – sollten aus verschiedenen Gründen abgebaut werden. Ich nenne drei:

1. Es ist kaum einzusehen, weshalb heute noch der Kapital- bzw. Vermögensverkehr besteuert werden soll. Die heutige Ordnung ist nur historisch zu erklären. Der Vermögensverkehr hat keine Wertschöpfung. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dass Leistungen und Einkommen versteuert werden und nicht einfach ein Vermögensverkehr.

2. Es darf auch erwähnt werden, dass die Stempelerträge recht risikoreich sind. Sie machen heute 8 bis 10 Prozent unserer Einnahmen aus, etwa 2,2 Milliarden Franken. Die Bundeseinnahmen sollten auf soliden Sockeln stehen.

3. Last, but not least ist darauf hinzuweisen, dass wir mit der Informatisierung der Finanzmärkte einen riesigen Wandel erleben, dem wir unsere Strukturen anzupassen haben.

Zusammenfassend kann ich aus all diesen Gründen sagen, dass ich für einen Abbau der Stempelabgaben bin und dass ich meine, dass eine Systemänderung bei den Stempelabgaben und bei der Finanzordnung heute sehr gegeben wäre, da wir es im Moment mit einem gesunden Finanzhaushalt zu tun haben, der uns die Möglichkeit gibt, an Änderungen heranzugehen.

Nun sind mit Abschaffungen der verschiedenen Stempelsteuern Mindereinnahmen verbunden. Sie gilt es zu kompensieren. Leider geht die Vorlage zu starr von einer Kompensation innerhalb des Stempelsteuergesetzes aus. Dieses enge fiskalische Denken muss abgelehnt werden.

Mit der von der Kommission verabschiedeten Vorlage entgehen dem Bund aber 400 Millionen Franken. Das ist viel, und ich habe Verständnis dafür, dass Herr Bundesrat Stich das nicht gerne sieht. Dieser Verlust bedeutet ein Risiko, und zwar vor allem deshalb, weil die zweite Vorlage dieser neuen Finanzordnung noch keine Mehreinnahmen bringt. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich gegenüber der Aenderung der Reihenfolge bei der Behandlung dieser Botschaft sehr skeptisch war.

Wenn man aber meint, die Kompensation müsse im gleichen Gesetz erfolgen, ist dieses Denken zu eng. Vielmehr müsste

es möglich sein, u. a. mit der Einführung der Mehrwertsteuer Mehreinnahmen zu gewinnen, die zur Kompensation der Ausfälle im Bereich der Stempelabgaben ausreichen. Die Mehrwertsteuer bildet zudem eine wesentlich solidere Einnahmenquelle.

Für mich steht also fest – ich möchte dies nochmals betonen –, dass die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Bundes in seiner Aufgabenerfüllung vorrangig ist und dass deshalb die Mindereinnahmen auf jeden Fall in der zweiten Vorlage, die eine Mehrwertsteuervorlage werden muss, kompensiert werden müssen.

Ich habe damit meine Haltung in diesem risikoreichen Unterfangen zum Ausdruck gebracht. Ich hoffe, dass auch meine Kolleginnen und Kollegen bei der Behandlung der zweiten Vorlage daran denken und dem Bund die nötigen Finanzen zur Verfügung stellen werden.

M. Gautier: Je ne veux pas évoquer aujourd'hui tout le problème du nouveau régime financier de la Confédération mais me limiter strictement à celui de la révision de la loi sur le droit de timbre. A ce propos, je me sens obligé de me conformer à l'article 34 quinquies de la loi sur les rapports entre les conseils et de déclarer mes intérêts personnels. Je rappelle donc à ce conseil que je suis à la fois vice-président d'une banque cantonale – en l'espèce la Caisse d'épargne de la République et Canton de Genève – et membre du conseil d'administration d'une compagnie d'assurance-vie, à savoir la Pax.

Cela dit et comme l'a relevé le président de la commission, la révision de la loi sur le droit de timbre présente un certain degré d'urgence. Les travaux du Conseil national, suite à l'initiative Feigenwinter, l'ont bien montré. Du reste, le Conseil fédéral reconnaît cette nécessité lorsqu'il écrit, dans l'introduction du message: «La réforme des droits de timbre vise à renforcer la compétitivité internationale de la place financière suisse. Par la suppression ou l'allègement des droits frappant les stocks commerciaux, les euro-émissions, les opérations »étranger/étranger« sur les obligations et les papiers monétaires, nous cherchons à ajuster les conditions fiscales prévalant en Suisse à celles des places financières étrangères.»

Le Conseil fédéral admet en outre que l'évolution du système boursier sur le plan international, en particulier la déréglementation, la suppression sur diverses places étrangères de certaines taxes, notamment à Londres, rend presque intenable la position de la place financière suisse qui ne peut plus rester concurrentielle avec le droit de timbre tel qu'il est actuellement conçu. Cela est particulièrement vrai pour les stocks commerciaux, les euro-émissions et les opérations «étranger/étranger». Aussi le Conseil fédéral propose-t-il la suppression du droit de timbre sur ces opérations qui, sans cela, se transporteraient bientôt vers les places financières fiscalement moins gourmandes.

La commission vous invite à approuver ces mesures. Par contre elle refuse, dans sa majorité, d'introduire un droit de timbre sur les placements fiduciaires comme le voudrait le Conseil fédéral. Et là j'avoue avoir un peu de peine à comprendre notre gouvernement. Le Conseil fédéral admet que le droit de timbre fait fuir certaines opérations à l'étranger et, dans le même temps, il nous propose de le réintroduire sur les placements fiduciaires au risque quasi certain de les voir aussi se transporter à l'étranger.

Quant au droit de timbre sur les primes d'assurance-vie, il me paraît à la fois anticonstitutionnel, antisocial et antieuropéen. Anticonstitutionnel au regard de l'article 34 quater, alinéa 6, de la constitution, qui prescrit à la Confédération d'encourager la prévoyance privée par des mesures fiscales. C'est la raison pour laquelle le droit de timbre sur les primes d'assurance-vie avait été supprimé en 1973, suppression qui est du reste la seule mesure prise pour réaliser le mandat constitutionnel. Cette soumission au droit de timbre est aussi probablement anticonstitutionnelle par l'inégalité de traitement qu'elle crée entre les assurés-vie soumis au droit de timbre et les déposants d'épargne de la prévoyance individuelle qui n'y sont pas soumis. Je ne suis pas le seul à invoquer cette inconstitutionnalité qui a fait l'objet d'un avis de droit très fouillé et catégorique du professeur Etienne Grisel en date du 31 janvier 1989.

La soumission au droit de timbre des primes d'assurance-vie est aussi antisociale parce qu'elle frappe ceux qui assurent volontairement leur prévoyance vieillesse sans recourir aux pouvoirs publics, et notamment ceux qui ne peuvent avoir recours au deuxième pilier faute d'exercer une activité lucrative.

Cette soumission est encore antieuropéenne parce qu'elle entrave la libre circulation et s'oppose aux efforts de nombreux pays européens, notamment la France qui supprime les taxes sur les assurances-vie dès le 1er janvier 1990.

M. Stich, conseiller fédéral, nous a dit en commission qu'il ne voyait pas de raison de faire des cadeaux aux assurances et aux banques. Pour les assurances, il ne s'agit pas d'un cadeau, puisqu'on impose leurs primes et que cela ne touche que les assurés. De même pour les placements fiduciaires, je pourrais suivre M. Stich s'il s'agissait réellement d'un cadeau aux banques. Mais ce n'est absolument pas de cela qu'il s'agit; ce sont les clients des banques qui seront déchargés du droit de timbre, ce qui permettrait à la place financière suisse de rester compétitive face à l'étranger.

Reste bien sûr le problème de la perte de recettes de la Caisse fédérale, qui n'est certes pas négligeable. Mais tout d'abord, si la place financière suisse redresse sa situation, les chiffres d'affaires des banques vont augmenter, et par là le produit de l'impôt fédéral direct sur les sociétés – M. Delalay a fait remarquer que l'on ne pouvait pas encore estimer cette plus-value éventuelle – sans parler des revenus augmentés des impôts cantonaux et communaux.

En outre, si l'on veut faire payer les banques, il y a d'autres méthodes. La commission a pensé entre autres à la possibilité de soumettre certaines prestations bancaires à l'impôt sur le chiffre d'affaires ou à la TVA. Mais, là encore, on toucherait plus les clients que les banques elles-mêmes, avec un risque de fuite de certaines opérations à l'étranger. Une autre possibilité, évoquée par M. Delalay, serait de se rallier, dans la loi sur l'impôt fédéral direct et l'harmonisation fiscale, à la proposition du Conseil fédéral quant à l'imposition des sociétés, c'est-à-dire de passer du système à trois paliers actuellement en vigueur à un système à un seul taux qui frapperait davantage les sociétés à fonds propres importants, telles les banques. On toucherait là réellement les banques et non pas leurs clients. C'est du reste une idée que vient de soutenir la commission du Conseil national qui traite des divergences de la loi sur l'impôt fédéral direct et l'harmonisation fiscale.

Enfin et surtout – sans préjuger ce que nous diront les banquiers lors de notre séance de janvier – je peux concevoir, selon certains indices, que cette forme d'imposition ne serait pas immédiatement rejetée par les banques elles-mêmes mais bien celle qui serait acceptée avec le moins de déplaisir.

En conclusion, je voterai en faveur des propositions de la majorité de la commission, c'est-à-dire la suppression du droit de timbre sur diverses opérations et la non-introduction de ce même droit de timbre sur les placements fiduciaires et les primes d'assurances-vie.

Mme Jaggi: Bien que j'avoue en avoir eu sérieusement envie, je renonce à m'opposer à l'entrée en matière sur cette partie du train de mesures appelé «nouveau régime financier» qui nous est proposé aujourd'hui. Et cela non pas à cause des chances très minimes, j'en suis tout à fait consciente, de l'emporter avec une telle proposition, mais pour des raisons de forme. De même que nous considérons l'entrée en matière comme obligatoire, s'agissant de l'examen d'une initiative populaire fédérale, de même j'estime que nous devons entrer en matière sur un projet issu d'une initiative parlementaire élevée par l'autre conseil au rang de proposition.

Je ne m'oppose donc pas à l'entrée en matière mais à quelques-unes des dispositions prévues dans cette révision partielle de la loi fédérale sur les droits de timbre, nous y reviendrons dans la discussion de détail. Pour l'heure, dans le cadre de la discussion générale, je voudrais tout d'abord, puisque nous sommes dans le temps de l'Avent, présenter une histoire de paquet-cadeau. Il était une fois un enfant gâté, aîné d'une famille très nombreuse et censé par conséquent donner l'exemple dans tous les domaines – comportements, attitudes, décisions et options prises – jusqu'à et y compris dans la

manière de recevoir et d'accepter un présent par exemple. Or, voilà que l'enfant gâté en question reçoit un beau paquet-cadeau, bien ficelé, joliment emballé. Il se jette dessus, comme c'est souvent le cas, détruit immédiatement l'emballage protecteur, s'empare du contenu, ou du moins de la partie du contenu qui l'intéresse ou lui plaît le plus, et laisse le reste aux autres. Vous avez compris: l'enfant gâté, l'aîné censé donner l'exemple, c'est le Parlement; le généreux donateur, c'est le Conseil fédéral et le paquet, «complet», c'est la proposition faite par le Conseil fédéral du nouveau régime financier. Le contenu plaisant choisi par l'enfant gâté, c'est bien sûr la révision du droit de timbre. En fait, nous n'avons plus affaire à un paquet-cadeau, mais simplement à un libre-service un peu spécial puisque non seulement on y prend ce que l'on veut mais on est payé à la sortie au lieu de régler ses achats.

Toujours dans ce contexte de l'Avent, je vous raconterai encore une autre histoire, guère plus morale à mes yeux. Après avoir transformé le régime financier en libre-service, on veut bien s'occuper des compensations. A cette fin, ces messieurs de la banque sont invités à venir, fin janvier 1990, faire des propositions, s'ils en ont, et sans engagement, comme il convient dans un «hearing». Ainsi, à l'inverse de toute bonne éthique protestante, la récompense est offerte d'abord et l'effort est demandé après. Cela est tout à fait contraire à nos principes de mérite, selon lesquels il faut d'abord investir, payer de sa personne, travailler, avant de toucher un rendement, une récompense ou un salaire.

Je quitte le terrain des principes pour en venir à la pratique et à l'image que nous autres parlementaires donnons ces jours en matière de gestion budgétaire, et plus généralement de récolte et d'utilisation des deniers publics. Au cours de la présente session, nous sommes confrontés à des dispositions élaborées avec un certain courage par les Commissions des finances, à propos du budget 1990. Ces Commissions ont été, l'une et l'autre, alertées par l'évolution de la situation financière de la Confédération. Celles-ci, au vu de cette évolution, estiment devoir faire des propositions de réduction des dépenses de la Confédération pour l'année prochaine.

Nous avions la priorité de la discussion sur le budget 1990, et, dans ce plénum, les propositions de la Commission des finances – excellemment défendues par M. Ducret – ont subi un sort relativement favorable et elles ont été suivies en partie. Dans l'autre conseil, qui n'a pas encore terminé le débat à ce sujet, la plupart des dépenses qui avaient été jugées moins prioritaires par la Commission des finances ont été rétablies et cela sur la proposition – c'est intéressant de le relever – de députés issus très souvent du même groupe politique que M. Feigenwinter, conseiller national, grâce auquel nous nous trouvons aujourd'hui en train d'examiner, extraite du paquet du nouveau régime financier, la révision du droit de timbre qui revient, quelle que soit la formule choisie, à priver la Confédération d'une partie de ses ressources.

Reste à expliquer la logique consistant à diminuer les recettes sans compensation simultanée, tout en maintenant les dépenses budgétaires à un niveau élevé, comme si de rien n'était. Cette logique me semble être celle des rapports de forces entre les groupes d'intérêts – certains parleraient plus méchamment de «clientélisme». A ce jeu, il est patent que les agriculteurs, entre autres, ainsi que les banques ou leurs gros clients – ceux qui, par exemple, peuvent procéder à des placements fiduciaires ou qui gèrent un portefeuille diversifié – comptent davantage que les épargnants et les contribuables modestes, pour ne rien dire des consommateurs sur auxquels on envisage allégrement de faire porter l'essentiel de la charge de l'opération appelée nouveau régime financier.

J'appartiens à celles et ceux qui ne refusent pas, même à gauche, d'entrer en matière sur un alourdissement de la fiscalité indirecte. Mais alors, que cette surcharge serve à compenser les défauts de l'actuelle imposition à la consommation, de l'actuel ICHA, par un passage à une TVA au sens européen ou à une taxe analogue «à la suisse», puisque nous aimons les solutions un peu différentes et qui nous appartiennent en toute autonomie, une sorte de TVA qui n'ose pas dire son nom!

En revanche, je ne saurais approuver un accroissement de l'imposition à la consommation afin de compenser des avan-

tages concédés aux institutions financières. Si j'étais seule de mon avis au sein de la commission – ce que reflètent d'ailleurs les propositions de minorité concernant cette révision sur le droit de timbre – je ne me sens pas du tout isolée dans la population, et je sais qu'il faudrait dépenser beaucoup d'argent, sans garantie de succès d'ailleurs, pour faire croire, le cas échéant, aux citoyens que la révision de la loi sur le droit de timbre à laquelle nous nous livrons aujourd'hui va bien dans le sens de l'intérêt général. Cette révision correspond au contraire à des intérêts particuliers – légitimes peut-être – qui trouvent dans ce conseil assez de défenseurs pour que je ne rejoigne pas leurs rangs et pour que nous autres, socialistes, nous nous sentions – avec le Conseil fédéral d'ailleurs, nous voilà en bonne compagnie – autorisés à parler au nom de l'intérêt de la majorité des citoyens contribuables.

En ce qui concerne les compensations, les modifications du projet de loi sur les droits de timbre, que la majorité de ce conseil va sans doute imposer, approchent le demi-milliard d'aggravation par rapport au projet du Conseil fédéral, c'est-à-dire moins 395 millions au lieu de plus 90 millions pour le poste: loi sur les droits de timbre. Sauf erreur, ce sont également entre 4 et 500 millions que, selon le programme d'armement 1990, on prévoit de dépenser l'an prochain pour l'achat ou la procédure d'achat des nouveaux avions de combat F-18A. On peut y voir une simple coïncidence, deux sujets entre lesquels il n'y a aucun rapport à établir; pour ma part, je me permets de signaler que j'y vois un peu plus qu'une coïncidence.

Enfin, je voudrais dire encore un dernier mot à l'intention des préopinants, et notamment de M. Kuchler, qui ont parlé de la compétitivité de la Suisse. Je me réfère à ce sujet à la dernière édition, datée de 1989, du rapport annuel sur la compétitivité des pays, établi par le World Economic Forum et relayé pour la Suisse par l'Institut pour l'étude des méthodes de direction d'entreprises (IMEDE). Ce rapport prend en considération, pour son classement, pas moins de 292 critères, répartis en dix groupes, considère 32 pays, dont 22 pays industrialisés tous membres de l'OCDE, et fait figurer, pour la dixième année d'affilée, la Suisse en deuxième position, très clairement détachée des suivants, derrière le Japon et devant les Pays-Bas, l'Allemagne, les Etats-Unis, le Canada, la Suède, etc.

Selon les dix groupes de critères retenus, la Suisse se retrouve quatre fois première, trois fois deuxième, une fois cinquième, une fois sixième, une fois quinzième – c'est dans le cas des ressources naturelles, et notamment des ressources énergétiques dont il est bien connu que la Suisse est largement dépourvue. Voyons pour quels groupes de critères la Suisse se trouve première. C'est pour le dynamisme de ses institutions financières, pour la légèreté de ses interventions gouvernementales, pour son orientation internationaliste et mondialiste et enfin pour sa stabilité socio-politique. Considérons maintenant les groupes de critères pour lesquels elle figure en deuxième position: c'est pour l'efficacité et la rentabilité de son industrie, pour le dynamisme de son marché intérieur et d'exportation, et pour sa capacité innovatrice, notamment celle de capter et de s'adapter aux innovations dans le domaine financier.

S'agissant de la place financière suisse et de sa compétitivité, je me réfère parmi les nombreux ouvrages à un rapport établi en français – après tout il faut quand même se simplifier un peu la tâche – par le professeur genevois Philippe Braillard et intitulé: La place financière suisse. Politique gouvernementale et compétitivité internationale. Je vous passe le détail de ce rapport dans lequel on examine point par point la force et les petites faiblesses de la place financière suisse, et j'en viens directement aux conclusions qui affirment une belle santé du système bancaire et financier suisse, qui mentionnent l'excellente situation compétitive de ses banques et soulignent leur faible charge relative en frais de personnel et en coûts totaux d'exploitation, en comparaison internationale; le rapport met en évidence la forte marge bénéficiaire nette relative des banques suisses, un rapport bénéfices avant impôts/marge bénéficiaire brute élevée et enfin une faible importance relative des coûts d'intermédiation.

Voilà quelques différents faits qui me paraissent non seulement attester de la bonne situation actuelle de la place finan-

cière suisse mais bien augurer de son évolution si, comme M. Braillard ne manque pas de le souligner, les banques continuent de faire preuve de ce qu'il appelle «une étonnante capacité d'adaptation aux nouveaux instruments de financement». Enfin, puisque je suis sur ma lancée, je citerai encore un autre rapport, celui de la Banque mondiale, *Le développement dans le monde*, édition 1989, rapport qui consacre l'essentiel de sa partie générale aux institutions financières. Bien qu'il s'agisse d'un rapport sur la situation mondiale ne prenant en considération que les groupes de pays d'après le niveau de leur revenu national, on y consacre quelques lignes, colonnes ou paragraphes à la situation suisse, jugée après comme avant excellente et exemplaire.

C'est aussi mon sentiment et c'est une raison supplémentaire de penser que le projet de révision du droit de timbre, même sorti de son contexte, est acceptable, dans la version toutefois du Conseil fédéral et non dans celle que j'appellerai «Feigenwinter non revue», reprise par la commission de notre conseil.

M. Ducret: Nous agissons dans le bon sens, mais de manière erronée. D'ailleurs, cela correspond aux propositions du Conseil fédéral. La commission vous suggère d'adopter le projet du Conseil fédéral en ce qui concerne les exonérations. En revanche, elle n'a pas suivi le gouvernement – c'est là sa première erreur – à propos des compensations. Quand j'ai vu tout le Parti démocrate-chrétien voter avec un bel enthousiasme un appui à M. Cotti pour un supplément de 3 millions, j'ai pensé que vous étiez d'accord avec le maintien des recettes puisque les dépenses atteignent ce niveau. Nous n'avons donc pas changé d'opinion à ce propos. Si l'on accordait des réductions, on devrait également prévoir des compensations. Or, la commission les a refusées sur ce sujet.

Elles étaient de deux ordres. Une, il est vrai, était difficilement acceptable. Le prélèvement d'un droit de timbre sur les avoirs fiduciaires paraissait trop dangereux. Cette solution était un peu du même type que celle qui nous avait conduits à appliquer un impôt sur le chiffre d'affaires des transactions d'or. Par contre, la confrontation sur les assurances – je précise que je ne suis plus membre d'aucun conseil de banque ni d'assurance – était une bonne idée, car ce genre de contrat ressemble absolument – le rapport du Conseil des Etats l'affirme très clairement – à un carnet d'épargne ou à des placements en obligations dans une banque.

Cela n'a rien à voir avec une assurance-prévoyance. Cette fois-ci, je ne suis pas du tout d'accord avec mon excellent collègue genevois. La prévoyance est exonérée. Il n'est pas question d'y toucher. Nous voulions simplement, avec le Conseil fédéral, taxer certaines formes d'assurance. D'ailleurs, les assureurs qui nous avaient menacés d'un référendum dans le cadre d'une lettre qu'ils nous ont écrite se trompent. Ils obtiennent une victoire à la Pyrrhus, car les banques vont rapidement se rendre compte, à l'image de leurs soeurs allemandes, que l'assurance est peut-être une branche intéressante. Puisqu'on peut faire des placements dans ce type d'assurance sans droit de timbre, il est probable que d'ici peu les grandes banques nous offriront d'excellentes assurances. Les assureurs seront alors bien mal pris de s'être battus contre cette proposition. Les compensations sont donc refusées, à part une, ce qui m'étonne de la part de la Chambre des cantons.

Le Conseil fédéral nous a proposé d'augmenter la charge en droits de timbre pour les émissions d'obligations en Suisse. Or, celles-ci sont généralement le fait des cantons qui n'échapperont pas à cette charge, bien qu'en définitive elle soit assumée par les souscripteurs puisqu'elle est incluse dans le prix. Et nous savons bien qu'il sera difficile de trouver ces 230 millions.

Le grand problème, c'est que nous avons dissocié ces diminutions de recettes des augmentations de recettes que nous devons appliquer. Plusieurs y ont fait allusion et j'attends leur discours. Je me souviendrai de leurs affirmations de ce matin et de celles exprimées au sein de la commission. J'attends leur prise de position, lorsqu'il faudra ressembler à l'Allemagne et à la France dans le domaine de la TVA. J'attends leur discours lorsqu'on parlera de 18 pour cent de TVA comme en

France ou de 12 ou 14 pour cent comme en Allemagne ou dans le Marché commun, parce que vous ne pouvez pas effectuer un rapprochement fiscal et des comparaisons internationales uniquement dans le domaine bancaire. Par honnêteté, il faudra bien les mettre en relation avec l'ensemble de la fiscalité.

Ce qui faisait la qualité du projet du Conseil fédéral, c'est qu'il contenait à la fois les diminutions d'impôt sur la taxe occulte et celles nécessaires sur le droit de timbre, mais également les compensations. Aujourd'hui, comme l'a dit tout à l'heure Mme Jaggi, nous distribuons les prix avant que la course ne soit terminée. Nous attribuons le dividende et les produits avant la fin de l'exercice. Nous avons besoin de tous pour parvenir à transférer un peu de l'impôt direct vers l'impôt indirect. Je crois que nous sommes d'accord sur cette idée générale.

Si nous accordons déjà aujourd'hui aux banques ce qu'elles nous demandent et que nous n'infligeons pas aux assurances ce qu'elles refusent, que feront-elles lorsqu'il faudra se battre pour introduire une TVA peut-être supérieure à 6 pour cent, voire 7 pour cent ou égale à 8 pour cent? Dans ce cas-là, elle serait pourtant encore bien meilleur marché que dans toute l'Europe voisine. Comment nous aideront-elles? Elles ne seront plus là, car elles auront obtenu ce qu'elles voulaient. Elles auront trouvé leur part dans le paquet-cadeau et ne s'intéresseront plus à la suite. J'en suis persuadé.

D'ailleurs, lorsqu'on a prétendu que j'étais un peu l'instigateur de cette rencontre du 29 janvier avec les banques pour leur dire: «mais, qu'allez-vous nous proposer en compensation dans cette affaire que nous vous soumettons?», un journaliste a affirmé que j'étais bien naïf ou que je jouais ce rôle-là. Moi, je tente de tenir le rôle de l'honnête homme et j'espère que je ne suis pas le seul ici!

Si maintenant nous accordons le nécessaire, c'est-à-dire une réduction sur le droit de timbre, nous devons prendre l'engagement formel de trouver une compensation ailleurs et, peut-être, pas seulement sur le dos du consommateur, sur les loyers en augmentant l'ICHA, sur la construction, sur le chauffage en prélevant l'ICHA, sur l'énergie, mais en demandant aussi à ceux qui souhaitent un effort de notre part pour protéger leur métier – car c'est ce que nous pensons faire – un sacrifice sur le plan fiscal. Sans cela, c'est un marché de dupe qui ne peut pas fonctionner.

Ayons le courage de dire immédiatement que, dans les prochains budgets, nous enlèverons ces 395 millions qui, d'ores et déjà, vont manquer et décidons d'agir rapidement en choisissant – il faudra bien le faire – les investissements. Vous voyez tout de suite lesquels, c'est-à-dire ceux qui sont les plus discutés: les investissements militaires. Qui aura l'honnêteté et le courage dans ce conseil, en applaudissant aujourd'hui cette forte réduction de recettes, d'approuver demain une certaine réduction des dépenses?

Je serai de ceux-là. En effet, je ne peux pas accepter une réduction sans m'engager d'ores et déjà à accepter une augmentation.

Ensuite, lorsque la TVA sera soumise au vote populaire, perdrons-nous une fois de plus? Serons-nous lâchés une fois de plus par ceux-là mêmes qui, aujourd'hui, nous demandent une réduction d'impôt? Or, j'espère qu'ils seront assez honnêtes et courageux pour être à nos côtés lorsqu'il faudra trouver de nouvelles recettes.

M. Masoni: «La réforme du régime financier proposée par le présent message est le fruit de travaux étendus et de longue haleine.» C'est la phrase que nous trouvons au début du condensé figurant dans le message du Conseil fédéral. Nous devons remercier le Conseil fédéral et surtout le Département des finances d'avoir accompli soigneusement et attentivement ce travail de longue haleine afin de préparer un message relatant tous les points essentiels.

Si notre commission présente une proposition différente, notamment en ce qui concerne la TVA, c'est en raison précisément de ce travail de longue haleine qui a débuté à un moment historique, alors que l'on ne pouvait pas encore prévoir les défis que nous sommes maintenant en mesure de reconnaître en politique nationale et internationale. Je vous rappelle

qu'en 1983 le Conseil fédéral n'était pas favorable à une transversale alpine et que la réalisation des Communautés européennes était quelque chose de lointain et encore indéterminé.

Les trois défis essentiels devant lesquels nous nous trouvons aujourd'hui peuvent être résumés de la manière suivante: notre pays doit réaliser des tâches de grande envergure, par exemple RAIL 2000 et la transversale alpine, qui sont nécessaires non seulement à notre pays mais aussi à la place qu'il doit occuper au sein de l'Europe. Ensuite, tant en prévision de 1992 qu'en raison de l'évolution rapide des rapports européens, nous devons déterminer assez rapidement notre position envers l'Europe de demain. Il sera nécessaire, pour l'une ou l'autre des solutions envisagées, d'adapter notre droit, notamment dans ses normes techniques, au modèle communautaire. Enfin, nous subissons la conséquence de la concurrence fortement accrue, prévue après 1992. Cette concurrence sera peut-être dramatique pour certaines entreprises. Dans cette optique, il faudra tenter à tout prix de renforcer l'économie suisse afin qu'elle résiste et sorte victorieuse. Nous nous trouvons donc maintenant dans une situation quelque peu différente de celle qui existait lors de la procédure de consultation.

J'interviens ici surtout pour ces raisons générales. Je n'ignore pas que, selon notre règlement, nous devons déclarer ouvertement les liaisons que certains définissent comme dangereuses. Personnellement, je suis membre du conseil d'administration et du comité d'une grande banque ainsi que du conseil d'administration d'une compagnie d'assurance.

Cela dit, la réforme des finances fédérales en cours ne peut plus ne pas tenir compte des défis susmentionnés. L'accroissement et le renforcement de l'économie passent par une dérégulation et par une diminution des impôts. Mais les grands ouvrages que notre pays doit entreprendre sont à la charge de la collectivité publique. Comment faire face à cette contradiction que sont la nécessité de moyens accrus et la diminution des impôts, afin de renforcer l'initiative privée et l'économie? Je pense qu'il faut se doter d'un système fiscal capable de résoudre ce problème et tendant à encourager l'initiative privée et l'économie. On reconnaît aujourd'hui l'importance de cette initiative privée, même dans les pays dans lesquels elle était tout à fait niée. C'est pourquoi, nous qui avons eu la chance de profiter des bénéfices qu'elle procure, devons nous rendre compte de l'importance accrue qu'elle revêtira ces prochaines années, dans le cadre de la construction de l'Europe.

Un tel système pourrait être celui de la TVA. Cette taxe permettrait d'une part, de donner à l'Etat les moyens nécessaires à l'accomplissement des tâches qui lui incombent, notamment dans le domaine social, étant donné les conséquences de l'élévation de l'âge moyen pour toutes les institutions sociales, et d'autre part, de réduire l'impôt fédéral direct ou d'en répartir le substrat fiscal d'une façon différente entre cantons et Confédération. On a évoqué dans certains milieux la solution la plus extrême, à savoir la renonciation de la Confédération à l'impôt fédéral direct des personnes physiques et la répartition du substrat fiscal pour les personnes juridiques entre cantons et Confédération.

D'une façon ou d'une autre, il faudra essayer d'encourager, grâce à des mesures fiscales d'allègement, l'initiative privée. Ce système basé sur la TVA et sur un allègement de l'impôt fédéral direct, signifierait en même temps un rapprochement de notre droit technique, notamment fiscal, du droit communautaire. Même une TVA à la suisse, d'un taux plus faible que celui de la Communauté, représenterait déjà un rapprochement important, du point de vue psychologique surtout, car nous nous devons de faire un pas dans cette direction. Ce n'est pas facile, je le sais, et dans ce domaine, le Conseil fédéral, en nous proposant de modifier l'ICHA pour éliminer la taxe occulte, n'a fait que suivre les recommandations des principaux partis et intéressés lors de la procédure de consultation et accomplir son devoir. La proposition que la commission est en train de préparer ne constitue donc pas un reproche au Conseil fédéral ou au Département fédéral des finances et à son chef.

La réforme du droit de timbre entre dans le même ordre d'idée. Mme Weber a dit très justement que cette loi est archaïque, et c'est vrai: d'un point de vue économique, elle devrait être totalement éliminée car elle soumet à un impôt relativement élevé la procédure qui permet de constituer des futurs sujets fiscaux. En effet, avant de constituer une société anonyme, il faut payer un impôt assez lourd: on rend donc plus difficile la constitution de nouveaux sujets fiscaux.

En ce qui concerne le commerce ou l'émission d'obligations qu'on est en train d'imposer maintenant, la loi soumet à l'impôt, des opérations économiques qui devraient permettre – lorsqu'on émet des obligations ou qu'on vend des titres, de se procurer de l'argent pour d'autres opérations économiques visant à un revenu et, par là, à des impôts à payer. Or, le fait de frapper tout au début ces opérations n'a pas de justification économique et ne favorisera pas les activités et le développement économiques.

Il est évident que nous ne pouvons pas tout traiter en même temps et si l'on veut une TVA correcte, on pourrait peut-être envisager quelque chose de mieux, mais nous devons nous rendre compte que les réformes présentées par votre commission unanime ont déjà eu l'approbation des deux conseils sous forme de motion. Ce n'est donc pas révolutionnaire, il s'agit de mettre en application ce que les conseils ont déjà décidé et d'actualiser un principe déjà accepté.

Deux points ont soulevé une discussion particulière: l'imposition des investissements fiduciaires et les assurances sur la vie. En ce qui concerne les fiduciaires, tout le monde sait qu'une imposition des opérations qui se déroulent à l'étranger – la banque suisse recevant de l'argent et le plaçant à l'étranger pour le compte du client – ouvrirait toute grande la porte au départ de ces activités de la Suisse. Comme les commissions bancaires sont très basses dans ces cas-là, un impôt qui double la commission, et même plus quelquefois, ne serait pas accepté par la clientèle, d'où la fuite de ce type d'opérations. Il est trop facile pour chaque banque d'envoyer l'argent d'un client dans une banque étrangère qui, elle, ferait le placement fiduciaire, c'est évident.

C'est donc une pure illusion que d'inclure les 330 millions des affaires fiduciaires dans le calcul des montants perdus. Si nous introduisons cet impôt, on ne peut pas compter effectivement et concrètement sur ces 330 millions. La perte effective de l'opération doit donc, si on veut vraiment être franc avec nous-mêmes, omettre de tenir compte de ce montant, car il n'y aurait pratiquement plus de placements fiduciaires passant par les banques suisses.

Je me suis permis de présenter devant la commission une proposition de minorité. Je vais vous en dire deux mots. Elle se rapporte à l'article 9a et est appuyée par cinq membres contre sept au sein de la commission. Cette proposition n'a pas d'effet financier immédiat, mais elle pourrait en avoir ultérieurement. Pourquoi n'a-t-elle pas d'effet actuellement? Pour l'instant, à cause de la situation du marché des intérêts, on n'émet pratiquement pas d'obligations à long terme.

Toutefois, il faut considérer qu'à certaines époques des taux d'intérêt de 2 ou 3 pour cent par année étaient appliqués; à ce moment-là, on émettait aussi des prêts obligataires à longue échéance. Il faut donc s'attendre, en cas de forte réduction des taux, à voir réapparaître des obligations à longue échéance. Cela est aussi imaginable pour les communautés autant que pour les investisseurs institutionnels, qui doivent placer des fonds à longue échéance, ou pour des sociétés anonymes de famille qui ne veulent pas émettre des actions, pour éviter de modifier les rapports majorité/minorité, mais qui pourraient envisager l'émission d'obligations de longue durée souscrites par un seul groupe d'actionnaires. A ce moment-là, on se heurterait à la disposition d'appliquer à l'émission d'obligations avec une durée de trente ans un taux de 3,6 pour cent et plus si la durée devait être plus longue, alors que les actions, qui ne connaissent pas de limite de temps, qui sont éternelles – pour autant que ce terme entre dans la conception de l'homme – acquittent un taux maximal de 3 pour cent.

C'est la raison pour laquelle la minorité vous propose un taux maximum de 3 pour cent pour les obligations. Ce n'est pas pour l'immédiat, mais pour éviter des distorsions futures et

surtout, pour empêcher que certaines collectivités ou institutions sociales, qui émettraient des obligations d'une durée de trente ans, ne doivent acquitter un timbre dont le taux disproportionné absorberait par exemple l'intérêt annuel alors de 3 pour cent. Ce sont les raisons qui motivent la proposition de minorité.

Je vous recommande donc d'accepter l'entrée en matière et d'anticiper les délibérations sur le projet qui vous est soumis, ainsi que l'adoption des suggestions présentées par la commission, à une exception près.

Uhlmann: Nach dieser ausgiebigen Eintretensdebatte unter den Kommissionsmitgliedern gestatte ich mir folgende Mitteilung:

Ich werde selbstverständlich für Eintreten sein. Ich werde auch den Anträgen der Mehrheit zustimmen, verzichte jetzt aber auf weitere Ausführungen, weil Wiederholungen unumgänglich wären und weil ich eigentlich glaube, eine Kommissionsberatung sei in diesem Saal nicht am Platz.

Miville: Ich kann zu einem ganz kleinen Teil auch als Kommissionsmitglied sprechen, denn ich habe an einer Sitzung Frau Jaggi vertreten. Es war für mich alles andere als ein erhebendes Schauspiel, zu beobachten, was sich dort abgespielt hat. Aus meiner Sicht – Entschuldigung! – war es das unbedingte Bestreben, diese Stempelsteuerrevision vorzuziehen und die Stempelsteuer in ihren Erträgen um gute 400 Millionen ärmer zu machen. Neben diesem unbedingten Bestreben war reichlich Hilflosigkeit in bezug auf zukünftige Vorstellungen betreffend eine Kompensation dieses Ausfalls zu konstatieren. Man blieb im Unverbindlichen. Man sprach von Möglichkeiten in einer mehr oder weniger fernen Zukunft, und man war noch nicht einmal sicher, ob sich gewisse Mitglieder der Kommissionsmehrheit dann konkret auch dazu verstehen können, diese Kompensationen vorzunehmen.

Ich unterstütze in diesem Geschäft die Anträge des Bundesrates bzw. von Frau Kollegin Jaggi. Der vom Bundesrat in seiner Botschaft vom 5. Juni dieses Jahres unterbreitete Vorschlag zur Neuordnung der Bundesfinanzen inklusive einer Revision der Stempelabgaben muss – und das ist meine feste Ueberzeugung – gerade nach der heutigen Debatte als Gesamtpaket betrachtet werden. Und die Vorlage sollte auch als solches behandelt werden. Das Paket kann nur als abgeschlossenes Ganzes auf sinnvolle Art und Weise realisiert werden. Sobald man einzelne Steine aus diesem Mosaik herausbricht, werden grundlegende Zielsetzungen der Reform verletzt. Die von niemandem bestrittene Haushaltsneutralität der Reform und das sonst schon sehr labile Budgetgleichgewicht unserer Eidgenossenschaft werden durch das Herauspicken von Rosinen gefährdet. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage des Bundes und der im Finanzplan vom 2. Oktober 1989 deutlich sichtbaren Verschlechterung derselben, ist die volle Kompensation der – durch die Beseitigung der Taxe occulte für Steuerpflichtige und die Erleichterungen bei den Stempelabgaben verursachten – Einnahmeherausfälle unabdingbar. In Zeiten der Hochkonjunktur, wie wir sie heute – oder soll ich sagen, heute noch – haben, sollte die Gesamtrechnung des Bundes eigentlich deutlich positiv abschliessen, so dass der Fehlbetrag der Bilanz, wie in der Verfassung vorgeschrieben, abgebaut werden kann. Wie das Budget für 1990 zeigt, besteht heute kein struktureller Ueberschuss, der eventuell für Steuersenkungen verwendet werden könnte. Im Gegenteil: Wir müssen uns vorsehen, dass wir nicht durch eine zu grosszügige Finanzreform neue Defizite produzieren, die wir dann selbst verantworten müssen.

Soll der Bund die ihm überbundenen Aufgaben in Zukunft ohne zusätzliche Verschuldung erfüllen, so müssen wir ihm die dafür erforderlichen Finanzmittel zubilligen. Ich möchte hier nur an die «Bahn 2000», die Neat, die Reform der Krankenversicherung, die 10. AHV-Revision oder die jetzt aktuell gewordene Hilfe an osteuropäische Länder erinnern. Frau Jaggi hat erwähnt, dass ganz gewaltige Aufgaben auf uns zukommen im Bereich der Landesverteidigung, der militärischen Verteidigung und der Rüstung. Sie kennen meine Einstellung. Ich bin nicht zum vornherein gegen solche notwendigen Pläne,

wenn sie gut begründet werden. Aber ich möchte guten Gewissens dazu stehen können. Und ein gutes Gewissen habe ich in solchen Fällen nur, wenn ich erkenne, dass das Parlament gewillt ist, nicht nur für die Rüstung erkleckliche Beträge auszugeben, sondern wenn es auch gewillt ist, dem Bund die entsprechenden Einnahmen zu verschaffen. Der Bund gehört mittelfristig zu den Inflationsverlierern, was in Zeiten zunehmender Teuerung beachtet werden muss. Für Steuergeschenke besteht meines Erachtens kein Spielraum. Dieser Spielraum ist übrigens mit dem Sofortprogramm bei der direkten Bundessteuer voll ausgeschöpft worden. Nur wenn wir die Finanzreform als Ganzes behandeln, können wir dem absolut notwendigen Postulat der Haushaltsneutralität Genüge tun. Dieses Postulat der Haushaltsneutralität ist auch im Vernehmlassungsverfahren seinerzeit von keiner Seite bestritten worden. Wenn das Bundesgesetz über die Stempelabgaben gemäss dem Vorschlag von Herrn Kollega Nationalrat Feigenwinter revidiert würde, dann entstünden Mindereinnahmen in der Grösse von 400 Millionen. Davon haben wir auszugehen, wenn wir diese Vorlage behandeln. Diese Erleichterung der Bundeskasse können wir uns nicht leisten. Für die Einnahmehausfälle, die sich aus der vorgesehenen Reduktion der Stempelabgabe auf einzelnen Geschäften ergeben, ist die volle Kompensation innerhalb der Stempelabgaben selbst zu finden. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft einen sinnvollen Weg aufgezeigt, wie dieses Problem zu lösen wäre.

Wenn die Nationalbank die Syndizierungsvorschriften für die Emission von Schweizerfranken Anleihen ausländischer Schuldner eventuell schon in naher Zukunft aufheben muss, so drohen weitere Einnahmehausfälle von mehr als 200 Millionen. Und nun werden Sie verstehen, dass unsere Seite in diesem Parlament sich nicht dazu bereiterklären kann, diese Steuerlast via Wust-Reform einfach auf die Konsumenten abzuwälzen. Das wird auch gar nicht gehen, das ist den Konsumenten nicht vermittelbar. Es würde übrigens auch dem Postulat einer sozial ausgewogenen Finanzreform, das ebenfalls in der Vernehmlassung von niemandem bestritten worden ist, zuwiderlaufen. Im Rahmen der vorgeschlagenen Revision der Warenumsatzsteuer werden die Unternehmen durch die Beseitigung der Taxe occulte bei den Steuerpflichtigen im Umfang von bestimmt über einer Milliarde – bis 1,7 Milliarden – entlastet. Bereits zur Kompensation dieser Ausfälle wird der Konsument in erheblichem Ausmass belastet. Sollen nun noch die Ausfälle aus der von der Kommission vorgeschlagenen Revision der Stempelabgaben im Rahmen der Wust ausgeglichen werden, so kann dies nur über eine Erhöhung des Steuersatzes oder aber über die Ausdehnung des Steuerobjektes erfolgen. In jedem Fall würde der Konsument zusätzlich zur Kasse gebeten, was sozialpolitisch – ich wiederhole es – unannehmbar ist. Eine Umverteilung von den meist recht begüterten Bankkunden zu den Durchschnittskonsumenten ohne grosses Wertpapier-Portefeuille scheint mir nicht akzeptierbar.

Ich gehe mit dem Bundesrat einig, dass die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz verbessert werden müssen, um abwanderungsgefährdete Geschäfte in der Schweiz zu behalten. Die Globalisierung der Finanzmärkte und die Einführung neuer Instrumente als Antwort auf die erhöhte Volatilität von Zinsen und Wechselkursen stellen tatsächlich eine Herausforderung an den schweizerischen Finanzplatz dar. Dieser Herausforderung ist von seiten des Bundes durch eine Anpassung der fiskalischen Rahmenbedingungen zu begegnen; aber von seiten der Banken müssen auch entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Die Kartellkommission gibt in ihrem Bericht über die gesamtschweizerisch wirkenden Vereinbarungen im Bankgewerbe verschiedene Empfehlungen ab, wie die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz gestärkt werden könnte: indem z. B. wettbewerbsverhindernde Konventionen aufgegeben würden, indem auch unsere Börsenorganisation, die teilweise veraltet ist, auf einen modernen Stand gebracht wird. Ich brauche Sie kaum darauf aufmerksam zu machen, dass auch die Geldwäschereiaffären dem Finanzplatz Schweiz bzw. seinem Image in der Welt nicht genützt haben. Die steuerliche Belastung ist nur eines, möglicherweise nicht einmal das wichtigste, der Elemente, welche

die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz ausmachen. Bisherige Pluspunkte, z. B. die politische und wirtschaftliche Stabilität, die zurückhaltende Regulierung des Bankwesens, das tiefe Zinsniveau oder die starke Währung haben an Bedeutung relativ eingebüsst.

Die Reform der Stempelabgaben im Sinne des Bundesrates, zusammen mit den notwendigen Anstrengungen der direkt betroffenen Bank- und Börsenkreise, wäre geeignet, den Finanzplatz Schweiz international konkurrenzfähig zu halten. Die Entlastungsmassnahmen bei den Stempelabgaben zur Steigerung der Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz betreffen – darüber ist heute morgen auch noch wenig oder nichts gesagt worden – zum grössten Teil das Auslandsgeschäft. Die damit verbundenen Ausfälle hingegen sollen vorwiegend im Bereich des Inlandgeschäftes aufgefangen werden. Würde die bei der Variante Feigenwinter entstehende Lücke von ungefähr 400 Millionen vollumfänglich mit der Warenumsatzsteuer kompensiert, so würde daraus eine weitere entsprechende Umlagerung der Steuerlast vom Ausland auf das Inland resultieren. Will man das eigentlich in diesem Rat? Wollen Sie das wirklich?

Auch eine Kompensation über eine irgendwie geartete Besteuerung der Bankdienstleistungen ist nicht möglich. Derartige Ideen werden hier keine Unterstützung finden.

Um die Einnahmehausfälle vollständig innerhalb der Stempelgesetzrevision kompensieren zu können, beantrage ich Ihnen, an der Einführung einer Stempelabgabe auf Treuhandanlagen und auf den Prämien der Lebensversicherungen gemäss Vorschlag des Bundesrates festzuhalten.

Bundesrat Stich: Bevor ich in den Bundesrat gewählt wurde, war ich immerhin zwanzig Jahre lang im Nationalrat und habe mich zwanzig Jahre lang mit Finanzpolitik beschäftigt. Vorher, zur Zeit von Max Weber, habe ich Oekonomie und Finanzwirtschaft studiert. Ich kenne also die Finanzpolitik der Eidgenossenschaft der letzten vierzig, fünfzig Jahre ziemlich gut, und – wenn es sein muss – auch die Finanzpolitik vorher.

Ich bin deshalb froh, dass heute bei dieser Vorlage kein Votum abgegeben worden ist, das Nichteintreten fordert. Das ist schon viel in der Eidgenossenschaft. Aber es ist natürlich nicht alles. Ich mache mir keine Illusionen: Max Weber ist zurückgetreten; Bonvin hat ein anderes Departement übernommen; Chevallaz hat ein anderes Departement übernommen. Ich kann kein anderes Departement übernehmen, aber Sie können sicher sein: Ich lasse mir gegebenenfalls wieder etwas einfallen, diese Garantie gebe ich Ihnen.

Ich erinnere mich noch sehr gut an meinen ersten Tag – im Jahre 1984 – im Finanzdepartement: Da war der Finanzplan für die nächste Legislaturperiode zu erstellen, an diesem ersten Tag. Dieser Finanzplan, wie er vom damaligen Verwalter und Direktor vorgeschlagen worden ist, hat nur negativ ausgesehen, es war keine Wende zum Positiven daraus zu ersehen. Wir haben drei Stunden lang darüber diskutiert, und ich habe gesagt: Wir werden die Finanzen ausgleichen.

Es war wirklich unser Ziel, eine Basis zu schaffen, damit es vielleicht zur 700-Jahrfeier gelingen könnte, der Schweizerischen Eidgenossenschaft die zwei wichtigsten Steuern definitiv in der Verfassung zu verankern. Auch das wäre – glaube ich – nicht mehr zu früh und nicht mehr übereilt. Das sollten Sie auch bedenken.

Wir sind davon ausgegangen, dass wir auf jeden Fall einen Zeitpunkt für den Uebergang zu einer definitiven Ordnung wählen müssten, in dem die Finanzen ausgeglichen sind, wo man also nicht mit Defiziten zu kämpfen hat, so dass man dann gleichzeitig mit einer Reform auch Steuererhöhungen vorschlagen muss. Das war das Ziel. Wenn man dieses Ziel einhalten will – ich muss wohl heute sagen, einhalten möchte –, dann ist grosse Eile nötig, dann ist das wirklich sehr dringend. Das würde bedeuten, dass wir spätestens im Jahre 1990 über eine solche Vorlage entscheiden könnten. Später wird das nicht mehr möglich sein, und zwar aus verschiedenen Gründen: 1991 ist nicht nur die 700-Jahrfeier, 1991 sind auch eidgenössische Wahlen. Eine Finanzvorlage in einem Wahljahr vors Volk zu bringen, ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir sind davon ausgegangen – weil jede Finanzvor-

lage gefährdet ist, wie sie auch immer aussehen mag, denn man kann immer vom Steuervogt sprechen –, dass sie auf jeden Fall gefährdet ist. Man sollte nachher noch die Möglichkeit haben, eine Ersatzvorlage auszuarbeiten, und dabei einfach den heutigen Zustand als definitiv erklären und verankern. Diese Möglichkeit muss offenbleiben, denn die Erfahrung zeigt auch, dass mit den Provisorien die Sache nicht besser wird, auch mit der Verankerung in der Verfassung übrigens nicht. Wir haben viele Einnahmen, die nicht verfassungsmässig verankert sind, die steigen rapid an. Ich denke an die Abgaben an der Grenze zum Schutze der Landwirtschaft. Dort denkt niemand daran, einmal eine Begrenzung vorzusehen, niemand. Deshalb sollte man wenigstens im anderen Bereich, bei den wichtigen Steuern für den Bund, vielleicht Gleiches anwenden und sie definitiv verankern.

Ich habe gesagt: Wir haben nicht mehr viel Zeit. Das ist politisch gemeint. Wir haben aber auch finanzpolitisch nicht mehr viel Zeit. Sie kennen die Finanzpläne und können mir rabenschwarzen Zweckpessimismus vorwerfen. Aber wir sind bei diesen Budgets und bei diesen Finanzplänen sehr, sehr optimistisch gewesen. Wir sind davon ausgegangen, dass alles wie bisher weiter gutgeht, dass alles hervorragend ist, dass wir ein dauerndes Wirtschaftswachstum von 2 Prozent haben. Dafür würde ich in der heutigen Situation aber keine Garantie abgeben. Das kann abrupt ändern. Also bleibt nur, die Sache möglichst rasch unter Dach zu bringen.

Die Frage der Verknüpfung: Es ist uns durchaus bewusst gewesen, dass man ein Stempelsteuergesetz und eine Verfassungsvorlage nicht im gleichen Beschluss erledigen kann. Das haben wir wohl gewusst. Aber unser Ziel war es, die beiden Vorlagen mindestens in den gleichen Kommissionen behandeln zu lassen. Das wäre sehr viel einfacher. Es scheint zwar, dass es jetzt trotzdem so herauskommt: Man sieht die Notwendigkeiten, ändert das Stempelsteuergesetz und nimmt Ausfälle in Kauf. Aber wenn der restliche Teil der Vorlage kommt, verschwinden wahrscheinlich die Helden, die sich für einen Ausgleich einsetzen. Das ist leicht möglich. Aber immerhin glaube ich, dass man dem Volk mindestens klaren Wein einschenken soll, dass es erfahren soll, was man mit einer solchen Vorlage will.

Ich sage in aller Offenheit: Es ist nicht die beste Vorlage, die wir vorlegen, es ist die zweitbeste. Die beste Vorlage haben wir Ihnen im Bericht über die Legislaturplanung präsentiert, in dem wir ganz klar für eine Energieabgabe votiert haben. Wenn wir die Probleme der Zukunft meistern und dafür sorgen wollen, dass man in einigen Jahrzehnten auf dieser Erde noch leben kann, müssen wir vorerst ökologische Probleme lösen. Sie haben die allererste Dringlichkeit. Vielleicht gibt es eines Tages ein Erwachen, wenn wir in der Schweiz zwei oder drei Winter lang keinen Schnee mehr haben. Vielleicht wächst dann das Verständnis dafür, dass man etwas gegen die Erwärmung tun muss. Das ist durchaus möglich.

Von mir aus gesehen ist die Lösung, die wir jetzt präsentieren, nicht die beste Lösung. Die beste ist bei der Beratung der Legislaturplanung abgelehnt worden. Wenn wir jetzt dazu kommen, keine Mehrwertsteuer vorzuschlagen, sondern die Warenumsatzsteuer zu einer allgemeinen Umsatzsteuer auszuweiten, hat das verschiedene Gründe:

Einmal glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist, in der Verfassung Höchstgeschwindigkeiten festzulegen. Wir glauben aber auf der anderen Seite auch nicht, dass es sinnvoll ist, auf Verfassungsebene über Steuertechnik zu diskutieren. Die Frage sollte nicht primär sein: Wollen wir das Allphasensteuersystem mit Vorsteuerabzug, oder wollen wir ein Einphasensteuersystem? Die primäre Frage sollte sein: Was wollen wir besteuern?

Es ist richtig: Es ist nicht mehr zweckmässig, nur Waren zu besteuern, in einer Zeit, in der die Dienstleistungen immer mehr Platz einnehmen. Deshalb sind wir auch der Meinung, die Dienstleistungen sollten einbezogen werden. Die entscheidende Frage ist relativ einfach: Welche Dienstleistungen sollen besteuert werden? Dass da die Interessen auseinandergehen, ist selbstverständlich. Aber das ist die wirkliche Frage, nicht die Frage: Mehrwertsteuer, ja oder nein? Das ist gar nicht so wichtig. Denn das, was Sie wollen und was das Parlament

verlangt hat, war die Beseitigung der Taxe occulte. Das erreichen wir mit unserem System einfacher, zweckmässiger und billiger, und wir gehen dabei weniger Risiken ein. Wenn Sie von einer helvetisierten Mehrwertsteuer sprechen: «Helvetisiert» heisst schlicht und einfach, dass man die Interessengruppen ausnimmt, von denen man annimmt, dass sie stark genug sind, um eine steuerliche Belastung zu verhindern. Das bedeutet helvetische Finanzpolitik und Helvetisierung der Mehrwertsteuer. Das ist letztlich die Frage. Diese Frage müssen Sie so oder anders entscheiden, wenn Sie zu einer Lösung kommen wollen.

Dann gibt es auch immer wieder gewisse Abgrenzungsprobleme. Das ist selbstverständlich. Das lässt sich in keinem Fall vermeiden. Aber bei der Mehrwertsteuer sind die Risiken zweifellos grösser – der Herr Präsident hat es dargelegt. Man kann zwar jede Steuer hinterziehen, aber bei der Mehrwertsteuer hat man noch die zusätzliche Chance – das haben schon viele Leute gemerkt, in Europa und in der Schweiz –, dass man vom Staat auch Geld zurückbekommen kann, dass man das Umgekehrte machen kann, dass man nicht nur nicht deklarieren, sondern dass man sich auch auszahlen lassen kann. Wenn man an diese Möglichkeiten denkt, muss man sich bewusst sein, dass wir dann nicht mehr mit einer Steuerverwaltung auskommen, die im besten Fall in der Lage ist, die Unternehmen alle zwanzig oder dreissig Jahre zu kontrollieren. Wir müssten dann dazu kommen, sie mindestens innerhalb der Verjährungsfrist zu kontrollieren. Was das an Personalbestand bedeutet, können Sie sich in etwa ausmalen. Aber die Anforderungen werden auch sonst grösser werden.

Die Mehrwertsteuer hat im Moment Auftrieb bekommen. Als wir den Bericht über die Legislaturplanung im Parlament behandelten, hiessen Sie keine Motion für die Mehrwertsteuer gut. Die Mehrwertsteuer ist jetzt, in einer Zeit der Europa-euphorie, stark geworden. Wenn man aber heute die Probleme im Ausland sieht, vor allem die Probleme, die sich aus dem gemeinsamen Markt ergeben, mit der Bemessung der Mehrwertsteuer, mit der Verteilung der Erträge, muss man doch sehen, dass in den EG noch einige Probleme zu lösen sind. Die EG sind davon abgekommen, schon definitiv zu harmonisieren. Man denkt, dass es zwei Möglichkeiten gibt, eine mit Bandbreiten zwischen 4 und 9 Prozent bzw. zwischen 14 und 20 Prozent, eine andere mit einem Mindestsatz von 15 Prozent. Wir haben 6,2 Prozent. Stellen Sie sich einmal vor, wir führen eine Volksabstimmung durch und sagen, wir möchten harmonisieren! Dann denkt doch jeder Schweizer: Jetzt geht es in der Schweiz wie im Ausland. Wenn man irgendwo ein Problem hat, schlägt man wieder einen Prozentpunkt dazu, und die Frage ist für die nächsten paar Jahre wieder gelöst.

Das ist auch ein gewisses Risiko. Aber was noch nicht gelöst ist, ist der Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern. Heute ist man der Meinung, man soll die Mehrwertsteuer am Produktionsort erheben, mit Ausnahme der Autos, weil man dort kontrollieren kann, wo sie immatrikuliert werden. Das wäre die Ausnahme. Wenn man die grossen Differenzen der Mehrwertsteuerbelastung in den verschiedenen Staaten der Europäischen Gemeinschaften vergleicht, dann kann man sich auch fragen, ob die Taxe occulte tatsächlich eine so gravierende Wettbewerbsverzerrung mit sich bringt, wenn in der EG ohne Harmonisierung und ohne Ausgleich solche Bandbreiten zwischen den verschiedenen Ländern möglich sind. Man kann natürlich sagen, vielleicht gleicht sich das im Verlaufe der Jahrzehnte aus. Das ist möglich. Die Wirtschaft wird sich sicher anpassen. Sie wird sicher dorthingehen, wo die Steuern am tiefsten sind. Das ist ganz klar. So gesehen werden wir auf jeden Fall den Auftrag erfüllen, mit dieser Vorlage die Taxe occulte auszugleichen. Ausfall für den Bund 1,7 Milliarden, 1,5 oder 1,8 Milliarden, je nachdem, was man alles hineinrechnet. Aber wenn man bei den Banken von Wettbewerbsverzerrung spricht und wenn man hier sagt, eine Beseitigung sei notwendig wegen der Wettbewerbsverzerrung, dann muss man dazu sagen: vermutlich nicht. Die Taxe occulte, die in den Preisen inbegriffen ist, also auch auf Produkte erhoben wird, die an sich nicht umsatzsteuerpflichtig sind, wird in bezug auf das Ausland zweifellos nur durch die Wechselkurse korrigiert.

Wenn die Belastung in der Schweiz zu hoch ist, wenn die Konkurrenzfähigkeit abnimmt, dann wird der Schweizerfranken schwächer, und umgekehrt sollte er eigentlich stärker werden. Wenn man heute die Wechselkursschwankungen sieht, die wir erleben, dann muss man sagen, dass die Taxe occulte gar keine Rolle spielt. Aber es ist ein Auftrag des Parlamentes gewesen, die Taxe occulte auszugleichen. Das wollen wir tun. Die Konsequenz ist natürlich, dass die Steuerbelastung im Inland steigt. Wir entlasten die Exportprodukte – sagen wir, etwa 40 Prozent der Schweizer leben vom Export – auf die Dauer und bezahlen diese Steuern im Inland. Und genau das gleiche machen wir – und wollen Sie ganz extrem machen – bei den Stempelabgaben. Deshalb muss man sich überlegen, dass es einiges braucht, damit eine solche Übung angenommen wird, mit oder ohne Mehrwertsteuer, das ist an sich nicht die Frage. Aber man sollte doch auch darauf achten, dass die Belastungen in etwa erträglich sind und dass niemand den Eindruck hat, er sei jetzt der letzte Leidtragende. Das sollte nicht passieren. Wie die Verschiebungen sind, mit Teuerungsausgleich usw., das ist immer wieder schwierig zu sagen, aber insgesamt gibt es eine Verschiebung vom Ausland auf das Inland in der Besteuerung.

Noch ein Wort zu Europa, 1992, freier Markt. Für mich als Chef des Zolls ist das wichtigste Problem die Landwirtschaft. Wenn man von Wettbewerbsfähigkeit spricht, wenn man von Deregulierung spricht, Herr Küchler, dann müssten Sie eigentlich eine Motion einreichen, die besagt: Deregulieren bei der Landwirtschaft, das geht nicht mehr. Sie müssen sich bewusst sein: Heute darf eine Person, die über die Grenze geht, 500 Gramm Fleisch mitnehmen. Und wenn sie mehr mitbringt, ist das Bannbruch, und man muss diese Person zurückschicken oder bestrafen. Sie können sich nicht vorstellen, wieviele Briefe ich bekomme, von Schweizern und von Ausländern, nicht etwa wegen der Vignette oder der Schwerverkehrsabgabe, sondern weil sie in die Schweiz einreisen und dann von unseren Zöllnern gebüsst werden, wenn sie beispielsweise in eine Ferienwohnung oder sogar auf einen Zeltplatz gehen und natürlich aus Holland oder aus anderen Ländern die Milch und das Fleisch in der Kühltruhe mitbringen. Es ist ja der Wunsch und Wille, dass wir ebenfalls die Grenzkontrolle zurücknehmen und ebenfalls viel Freiheit gewähren. Dann müssen wir aber dafür sorgen, dass wir nicht zu grosse Differenzen haben, damit nicht alle Schweizer am Samstag ins Ausland fahren und auf dem Spaziergang gleich noch alle Einkäufe machen. Sonst werden dann die Defizite für die Verlustverwertung noch grösser und nicht mehr tragbar. Hier liegen für mich die wichtigsten Probleme. Die anderen können wir gut lösen. Wir sind konkurrenzfähig. Aber in dieser Frage ist es doch etwas schwierig.

Wenn wir die beiden Vorlagen zusammengekommen haben, dann aus dem einfachen Grund, weil wir überzeugt sind, dass die Reform haushaltneutral sein muss. Man hat von den zukünftigen Ausgaben gesprochen, von der AHV, eine Verbesserung sei noch nicht drin. Wir haben hier extra für die AHV vorgesehen, dass das, was durch die demografisch bedingte Entwicklung an Mehrkosten entsteht, in einer fernerer Zukunft durch einen Zuschlag auf der Umsatzsteuer gedeckt werden könnte. Uns scheint das wichtig zu sein. Das könnte eine gewisse Sorge wegnehmen und auch sozial ein bisschen mithelfen, diese Übung besser durchzubringen. Was nicht einkalkuliert ist, ist die strukturelle Revision der AHV. Dort haben Sie mit Recht gesagt, dass es mehr Kosten geben wird. Wir müssen auch dafür sorgen, dass in der Schweiz die sozialen Unterschiede nicht zu gross werden. Heute ist das an verschiedenen Orten ein Problem. Diese Probleme müssen wir ernst nehmen, so gut wie wir die Probleme mit der Krankenversicherung ernst nehmen müssen, nicht zu sprechen von den Kosten, die durch die Bahn und andere grosse Vorhaben entstehen.

Gerade wenn man an den Transitverkehr denkt, stellt sich die Frage: Wie halten wir es mit Europa, und wie hält es Europa mit uns? Es ist sicher, dass wir die Verkehrswege zur Verfügung stellen sollen, die notwendig sind, um den Verkehr abzuwickeln. Aber dieser Verkehr sollte so abgewickelt werden, wie wir glauben, dass es für uns einigermaßen erträglich sei. Eine wichtige Frage in diesem Bereich wird sein: Wer bezahlt die

Kosten? Zahlen wir als Eidgenossenschaft, zahlen wir als Steuerzahler die Kosten für den Transitverkehr durch die Schweiz? Davon hängt dann letztlich auch die Steuerbelastung des Schweizer ab. Ich selber bin der Auffassung: Wir müssen hier eben Lösungen suchen und Lösungen vertreten, die eine Kostendeckung für Bahn und Strasse mit sich bringen. Ich glaube nicht, dass es gut ist, wenn der Steuerzahler Verkehr fördern, unterstützen, subventionieren muss. Ich glaube, daran haben die Leute auch keine sehr grosse Freude.

In der Zukunft werden wir zweifellos weitere Aufgaben gestellt bekommen. Unser Ziel war es ja, die Ausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu begrenzen. Das setzt aber auch voraus, dass man nicht dauernd neue Forderungen an unseren Staat stellt. Forderungen gibt es natürlich auch von der Industrie immer wieder, es gibt Forderungen nach Forschungsförderung, nach Ausbildung, ganz abgesehen von der Exportrisikogarantie, von der Abschreibung von Forderungen und der Hilfe an das Ausland, die oft eben auch nicht zuletzt mit unserer Industrie verbunden ist. Deshalb darf man doch erwarten, dass auch Industrie und Banken ein gewisses Verständnis haben.

Für mich ist es immer wieder frappierend, wie unterschiedlich wir gewisses Verhalten taxieren. Wenn jemand den Militärdienst verweigert oder nicht einrückt, dann wird er eingesperrt. Wenn jemand die Steuern hinterzieht, dann gibt es das nicht. Das ist etwas ganz anderes, nicht? Aber es ist letztlich auch eine Dienstleistung für diesen Staat in einer bestimmten Form, die man eben von jemandem verlangt. Deshalb glaube ich, sollten auch Sie, wenn wir jetzt noch zu den Stempelabgaben gehen, hier noch einiges bedenken: Sehr viele haben von der Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Frau Jaggi hat Ihnen gesagt, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes im Ausland eingeschätzt wird. Ich will Ihnen nur noch eines bestätigen: An erster Stelle ist Japan, an zweiter Stelle ist die Schweiz, und sehr viel später kommen dann die USA. Das ist die Rangliste in der Attraktivität des Finanzplatzes.

Ich selber finde es immer etwas grotesk, wenn man hier so tut, als seien nun die Banken wirklich zu bedauern und man müsse ihnen wirklich bis zum letzten entgegenkommen. Wenn Sie die Stempelabgaben ansehen, dann erzielen wir 1978 – also vor zehn Jahren – 530 Millionen Franken Bruttoertrag. Damals sind noch 20 Prozent an die Kantone gegangen. Im Jahre 1988 – das ist die letzte Zahl für ein ganzes Jahr – betrug die Summe 2095 Millionen Franken. Bis zum November dieses Jahres betrugen die Einnahmen aus den Stempelabgaben 2 302 873 941,99 Franken. Bis einen Monat vor Rechnungsschluss haben wir gut 200 Millionen mehr eingenommen als letztes Jahr. So schlecht kann es diesen Banken trotz allem nicht gehen. Wenn Sie sich überlegen: Seit 1978 – innerhalb von zehn Jahren – haben sie offenbar das Volumen vervielfacht; denn diese Zunahme zeigt diese Statistik auf. Da ist es etwas beschämend, wenn man wegen der Stempelabgaben von Schädigung des schweizerischen Finanzplatzes spricht.

Es gibt andere Gründe, die sind auch bereits dargelegt worden, ich will sie nicht wiederholen. Natürlich gefallen nicht allen Leuten Insiderbeschlüsse und Erfordernisse wie Auskunftspflicht, Rechtshilfe. Das ist klar, das kann auch etwas abschreckend wirken. Das ist zuzugeben. Die Frage ist: Soll uns das leid tun, ja oder nein? Von mir aus gesehen würde ich eher auf nein tippen. Ein guter Finanzplatz mit einem guten Ruf sollte auf schmutzige Geschäfte nicht angewiesen sein.

Es ist auch gesagt worden, man wolle ja nicht die Banken entlasten und natürlich auch nicht die Versicherungen, sondern den Bankkunden. Vielleicht zuerst ein Wort zu den Banken: Wir haben bereits vor einigen Jahren eine Entlastung vorgenommen in bezug auf Gold, auf die Verzinsung von Interbankdarlehen usw. Bezüglich der Eigenmittelvorschriften für die Banken hat gerade jetzt der Bundesrat eine Verordnung verabschiedet, die die Eigenmittel neu berechnet. Das bedeutet, dass sie 4 Prozent weniger Eigenmittel haben müssen. Das ist eine starke Entlastung für die Banken, vielleicht auch noch für die Aktionäre, ich weiss es nicht, aber sicher für die Banken und nicht für die Bankkunden.

Dann haben wir dort auch zugestimmt, dass man nachrangige Anleihen jetzt bis zu 25 Prozent anrechnen kann. Das ist noch einmal eine Hilfe. Diese Hilfe wird uns insgesamt etwa 80 Millionen pro Jahr zugunsten der Banken kosten. Hinzu kommt, dass die Bankenkommission bekanntlich verlangt, dass bis Ende des Jahres 50 Prozent der Guthaben in kritischen Ländern abgeschrieben bzw. zurückgestellt werden. Diese Abschreibungen können auch abgezogen werden, sie sind nicht steuerpflichtig. Das heisst, Bund, Kantone und Gemeinden leisten auch hier einen ganz wesentlichen Beitrag an die Politik der Banken, die Kredite gegeben haben, von denen man annehmen musste, dass sie nicht mehr zurückkommen. Die Stempelabgabe trifft im Prinzip natürlich den Bankkunden, aber umgekehrt gibt es auch eine Position, die Befreiung der Handelsbestände von der Umsatzabgabe, die im Jahr 220 Millionen Franken ausmacht, das heisst also, die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken um 220 Millionen verbessert. Der Bankkunde hat davon nichts.

Wenn Sie nun auf der anderen Seite vergleichen: Die bescheidene Abgabe, die wir bei den Treuhandanlagen vorschlagen, 0,6 Promille *pro rata temporis*, würde etwa 330 Millionen bringen. Die 220 Millionen plus die Entlastung, die die Banken sonst noch bekommen haben, machen ungefähr gleich viel aus, wie die Banken ihren Kunden belasten sollten. Aber bei diesen Treuhandgeschäften könnten die Banken – bei der Entlastung, die sie erfahren – sogar so grosszügig sein, das auf ihre Kappe zu nehmen. Es wäre ohnehin zweckmässiger, wenn die Banken, statt immer von der Stempelabgabe zu reden, in ihrem Geschäft klare, saubere Preise hätten, Nettopreise, nicht Zuschläge von Courtage, Stempelabgabe, Börsenkommission usw. Es würde den Finanzplatz auch stärken, wenn der Ausländer einen klaren Preis hätte für die Jahre, die er hier einkaufen oder verkaufen will. Das wäre eine Hilfe. In dieser Hinsicht, muss ich sagen, sind die Vorschläge aus der Kartellkommission nicht ganz ohne Berechtigung. Es ist auch erstaunlich, dass die Banken und die Versicherungen das Recht haben, diese Zuschläge offen auszuweisen, während das beim gewöhnlichen Kunden, dem es auf die Ware geschlagen wird, verboten ist. Sie können die Warenumsatzsteuer nicht separat dazuschlagen. Die Warenumsatzsteuer muss im Preis inbegriffen sein, deshalb können Sie an Tankstellen gelegentlich lesen, wie viele Abgaben Sie mit einem Liter Benzin entrichten, weil man die Warenumsatzsteuer eben nicht offen und direkt fakturieren kann. So gesehen könnte mit der Treuhandbesteuerung ein Ausgleich gefunden werden, der nicht sehr belastend ist.

Für mich selber ist aber die Frage der Besteuerung der Treuhandanlagen noch aus einem anderen Grund wichtig. Man hat sehr viel von der Deregulierung gesprochen. Aber es gibt nun einmal Märkte, wo der Wettbewerb nicht unbedingt nur erfreuliche Aspekte und nicht nur positive Auswirkungen hat. Zu diesen Märkten würde ich die Kapitalmärkte zählen. Wenn wir auf die Idee gekommen sind, die Treuhandanlagen zu besteuern, so gibt es dafür einen guten Grund. Treuhandanlagen sind eine schweizerische Spezialität, die dazu dient, dass man Geldanlagen nicht der Verrechnungssteuer unterstellen muss. Sie sind der Verrechnungssteuer nicht unterstellt. Dafür gibt es natürlich gewisse Gründe. Man kann für alles gute und weniger gute Gründe finden, aber wichtig ist, dass es Gründe sind. Der Gewinn entstehe im Ausland, nicht in der Schweiz, deshalb habe die Schweiz keinen Grund, ihn zu besteuern, oder man könne ihn deshalb nicht besteuern. Das ist die übliche Aussage dazu. Aber insgesamt, glauben wir, schadet es gar nicht, wenn die Schweiz – trotz allem ein sehr steuergünstiges Land – mithilft, eine gewisse Belastung dieser Gelder einzuführen. Noch besser wäre es, wenn man das weltweit tun könnte, aber davon sind wir auch noch weit entfernt.

Man muss aber auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Treuhandgelder sehen. Im Moment haben wir in der Schweiz etwa 350 Milliarden Treuhandanlagen. Das sind Geschäfte, die ausserhalb der Bilanz sind, sonst wären die Bilanzsummen der Banken viel höher. Das zur Grössenordnung. Von diesen 350 Milliarden sind drei Viertel ausländische Guthaben und ein Viertel schweizerische. Treuhandanlagen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sehr kurzfristig sind, in der Regel

höchstens drei Monate. Da ist es selbstverständlich, dass man solche Gelder möglichst dort anlegt, wo der Zins im Moment am höchsten ist. Man geht ja immer davon aus, dass man schlau genug sei, rechtzeitig wieder aussteigen zu können, wenn es schiefgeht, wenn der Dollar vielleicht wieder etwas fällt. Wenn man Glück hat, gelingt das, wenn man Pech hat, gelingt es nicht. Aber die Tendenz ist einfach, diese Gelder gehen dorthin, wo die grösste Zinsdifferenz ist. Mit dem Resultat, dass wegen der sehr hohen Dollarzinsen die Gelder von der Schweiz in den Dollar gegangen sind. Die Konsequenz ist einfach: Wenn Schweizerfranken in Dollar umgewandelt werden, sinkt der Schweizerfranken.

Wenn Sie diese Zahlen sehen, müssen Sie sich auch bewusst sein, welche Bedeutung eine Notenbankintervention hat. Selbst wenn sie koordiniert ist, wenn drei, vier verschiedene Länder mitmachen, mit je 100 Millionen Dollar, macht das nicht sehr viel aus, erschüttert das niemanden. Es ist höchstens ein psychologisches Moment. Wir haben also einen schwachen Schweizerfranken, und dadurch – dafür können sich die Konsumenten bedanken – eine Teuerung auf den importierten Produkten. Umgekehrt hat die Industrie einen Vorteil. Wenn der Schweizerfranken schwach ist, ist sie sehr konkurrenzfähig, läuft alles auf Hochtouren. Das haben wir jetzt.

Das ist aber nicht der einzige Weg. Eines Tages können diese Gelder auch wieder zurückkommen. Wenn der Dollar vielleicht nicht mehr so sicher ist oder der Zins in der Schweiz entsprechend hoch ist, kommen sie zurück. Das Ergebnis ist dann gerade umgekehrt: Der Schweizerfranken steigt, er wird stark, die Teuerung geht zurück, aber dann nimmt auch die Konkurrenzfähigkeit ab; denn die Teuerung haben wir bereits gehabt. Hier frage ich Sie: Sind diese Treuhandanlagen wirklich im Interesse der schweizerischen Wirtschaft? Und sind sie im Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft? Diese Fragen müssen Sie beantworten. Ich selber finde, dieser Teil des schweizerischen Bankgewerbes sei an sich gross genug. Er muss nicht zwingend so rapid weiterwachsen wie in den letzten Jahren. Deshalb schadet es gar nicht, wenn man hier eine kleine Belastung einführt, um das Hin und Her nicht noch attraktiver zu machen. Es zeigt sich nämlich, dass der Finanzplatz Schweiz immer noch sehr attraktiv ist. Wir werden auf diese Details noch zurückkommen.

Vielleicht noch eines: Man hat in der Diskussion gesagt, man hätte seinerzeit die Stempelabgaben gewissermassen als Vorleistung, als Kompensation für die Mehrwertsteuer, erhöht, und die Mehrwertsteuer sei dann nicht gekommen. Es gibt aus dem Jahre 1978 – das war also später – eine Motion des Nationalrates, worin es heisst: «Der Bundesrat wird beauftragt, die Möglichkeiten, die dem Bankengesetz unterstellten Banken und Finanzgesellschaften zu zusätzlichen steuerlichen Leistungen an den Bund heranzuziehen, weiter zu prüfen und spätestens bis Ende 1979 der Bundesversammlung einen entsprechenden Bericht, gegebenenfalls eine Botschaft mit Beschlussentwurf, zu unterbreiten.» Sie sehen also, dass man das nicht so ohne weiteres als eine Kompensation für die Mehrwertsteuer angesehen hat.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten. Ich hoffe auch, dass Sie innert nützlicher Frist und möglichst ohne Abänderungen zustimmen können.

Meier Hans, Berichterstatter: Ich habe einleitend dargelegt, dass ich dafür Verständnis habe, dass der Finanzminister danach trachten muss, die Einnahmen möglichst auf der gleichen Höhe zu behalten. Ich habe auch gelobt, dass in der Botschaft im Zusammenhang mit der Revision der Stempelabgaben die Verhältnisse sehr sachlich dargelegt seien.

Um so mehr bin ich aber erstaunt und überrascht, dass man nun diese Kompensationen, die vorgeschlagen werden, so darstellt, als ob sie nicht neue, möglicherweise noch gravierendere Wettbewerbsnachteile darstellten. Das geht aus der ganzen Situation hervor. Wenn man das mit Schlagworten operieren will, wie man das im Zusammenhang mit anderen Vorlagen macht, bei denen man vom «gerupften Huhn» und «alle Giftzähne ziehen» usw. spricht, möchte ich mir auch einmal erlauben, eine solch abgedroschene Redensart zu wählen und

sagen: Das hier kommt dem Versuch gleich, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

Sie kennen doch die Bedeutung von Treuhandanlagen und wissen, weshalb sie gemacht werden: weil wir keinen Geldmarkt haben und den Geldmarkt nun neu belasten wollen. Wenn wir die Entlastung beim Geldmarkt herbeiführen – wie das die Kommissionsmehrheit beantragt –, ist anzunehmen, dass die Treuhandanlagen in ganz wesentlichem Masse abgebaut werden und in diese Geldmarktanlagen abwandern. Wenn imponierende Zahlen über diese Treuhandanlagen vorgebracht werden – sicher eine Grössenordnung, die es zu beachten gilt –, muss man auch die Zusammensetzung sehen. Ich habe nicht die letzten Zahlen, aber in meiner Aufstellung geht es um Treuhandgelder von 226,5 Milliarden, davon 31,6 Milliarden oder 13,9 Prozent in Schweizerfranken, 113,8 Milliarden oder 50,2 Prozent in US-Dollar, 23,9 Milliarden oder 10,5 Prozent in DM und 56,8 Milliarden oder 25 Prozent in übrigen Währungen. Das muss in diesem Zusammenhang auch noch gesagt werden.

Es wäre sehr verdienstvoll – Herr Bundesrat Stich hat darauf hingewiesen – und zweckmässig, auf das Jubiläumsjahr 1991 eine unbefristete Verankerung von Umsatzsteuer und direkter Bundessteuer in der Verfassung zu haben. Aber es schien von allem Anfang an zu optimistisch zu sein, zu glauben, dass ein derart schwerwiegendes Problem in dieser kurzen Zeit gelöst werden kann. Es ist ein breiter Konsens notwendig, wenn die eine oder andere Lösung oder auch nur bereits eine Verlängerung durchgehen soll. Deshalb sollte man nicht mit den Feindbildern Bank und Wirtschaft operieren, sondern sich gemeinsam anstrengen.

Es wird auch darauf hingewiesen, die Mehrwertsteuer sei schon zweimal von Volk und Ständen abgelehnt worden. Das trifft zu. Immerhin möchte ich anfügen, dass sich das Parlament im Zusammenhang mit der Richtlinienmotion und dem Bericht über den Legislaturfinanzplan doch deutlich auch zur Energiebesteuerung geäußert hat und dass bereits in den frühen achtziger Jahren bei der Besteuerung – damals allerdings der Zinsen auf Treuhandguthaben – auch entsprechende Entscheide gefallen sind. So neu sind diese Probleme auch nicht. Wenn von Helvetisierung gesprochen wird, dann ist dies nicht die Meinung der Kommission: Sie hat sich da noch nicht festgelegt, ob alle Coiffeurgeschäfte, Luxusgeschäfte mit Kosmetikbehandlung usw. und die grossen Hotels befreit werden sollen. Man dachte an die Coiffeure, diese Ein- und Zweimannbetriebe und kleineren Gastwirtschaften vor allem wegen kleineren Umsätzen. Zur Chance, bei der Mehrwertsteuer eine Rückvergütung zu erhalten: Es mag zutreffen, dass diese Gefahr besteht. Es sind auch aufsehenerregende Betrügereien im nahen Ausland vorgekommen. Das muss zugegeben werden. Aber eine Mehrwertsteuer würde auch eine Chance bieten – ich sage das nicht gerne, weil es sofort Reaktionen bei den Gegnern auslöst –, wenn man einmal die Umsätze dieser Betriebe kennen würde. Ich glaube, das wäre eine legitime Forderung der Lohnbezüger, die Jahr für Jahr oder alle zwei Jahre mit ihrem Lohnausweis antreten und sich über ihr Einkommen ausweisen müssen. Auch das ist ein Gesichtspunkt, der nicht absolut unbeachtet bleiben darf.

Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass das grosse Problem auch in der EG besteht, weil bei der Mehrwertsteuer sehr unterschiedliche Ansätze praktiziert werden. Sie kennen die Unterschiede bei den Löhnen in den EG-Ländern: Ist das nicht auch ein Problem, das einer Lösung entgegengeführt werden muss? Meines Erachtens ist das viel schwerwiegender als die unterschiedlichen Sätze bei der Mehrwertsteuer.

Gegen den vorgesehenen Zuschlag für die AHV habe ich persönlich nichts einzuwenden. Ich habe aber schon einmal festgestellt: Im Verfassungsentwurf steht kein Wort davon – wie das in der Botschaft wiederholt erwähnt ist –, dass dieser Zuschlag nur für die Finanzierung von Engpässen aus der demographischen Entwicklung gedacht ist, nicht generell für die AHV.

Zu den übrigen Entlastungen, die Sie angeführt haben, Herr Bundesrat: Ich weiss nicht, inwieweit sie auch durch Angleichung an internationale Regelungen realisiert werden. Das kann ich nicht beurteilen. Es trifft zu, dass der Kartellbericht

diese Probleme mit Courtagen usw. aufgegriffen hat. Ich habe auch erwähnt und akzeptiert, dass in der Botschaft steht, dass bei Banken, Börsen und Kantonen hier auch Wettbewerbsprobleme bestehen. Aber bei den kleinen Bankkunden hat der Bericht der Kartellkommission nicht eitel Freude ausgelöst, als sie vernehmen mussten, in welchem Ausmass nun ihre kleinen Börsenaufträge verteuert werden, weil im Rahmen des Wettbewerbes die Grossen und Grössten entsprechende Entlastungen finden. Das ist natürlich auch ein Problem.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Problem «schwacher Schweizerfranken» noch auf die Ausführungen von Frau Jaggi eingehen: Was das Postulat der Besteuerung der Banken betrifft (das im Anschluss an die damalige Regelung eingereicht worden ist, als man die Banken dazu angehalten hat, einen Beitrag zu leisten, weil sie nicht bei der Mehrwertsteuer erfasst werden), gibt es eine gewisse Entschuldigung: Die Verhältnisse haben sich seither entscheidend verändert, das muss sicher jedermann zugeben. Der Bundesrat selbst hat in einem andern Fall einmal darauf hingewiesen, dass es nicht verboten sei, wenn man klüger werde. Das kann man auch im Zusammenhang mit diesem Postulat, das noch weitere Leistungen verlangt, sehen.

Wenn nun Herr Miville sagt, die Kommissionsverhandlung sei ein Schauspiel gewesen, dann ist das vielleicht aus der Sicht baslerischer Verhältnisse der Fall. Ich habe in diesem Fall schon andere Schauspiele miterlebt. Wenn Herr Miville sagt, die Kompensationsmöglichkeiten seien schwammig, dann ist doch folgendes festzuhalten: Wenn weniger Geschäfte abwandern, wenn die Banken ertragsmässig besser abschneiden, wenn diese Abwanderung – die nicht bestritten werden kann – nicht mehr fortgesetzt wird, dann wird das auch bei den ordentlichen Steuern einen Niederschlag finden, allerdings nicht kurzfristig.

Die Vorleistungen habe ich bereits erwähnt. Ich kann keine Garantie geben, was das Gespräch mit den Banken am 29. Januar bringt, aber Frau Weber und Herr Ducret haben auf diese Verhandlungen hingewiesen und dargelegt, wie sie dort zu agieren gedenken.

Das steht also noch im Raum. Andere Vorschläge haben Sie ebenfalls gehört. Aber Sie müssen auch Verständnis haben für konkrete Vorschläge und konkrete Lösungen. Sie werden begreifen, dass solche nicht beantragt werden, wenn bereits mit dem Referendum gedroht wird. Den Entscheid, was zu machen ist, möchten wir uns noch vorbehalten. Wenn auf die Syndizierungsvorschriften hingewiesen wird und darauf, dass deswegen möglicherweise eine Abwanderung stattfinden kann, dann haben Sie auch keine Kompensation.

Etwas erstaunt hat mich der Hinweis auf die Landesverteidigung. Herrn Miville nehme ich diese Feststellung ab, aber im übrigen glaube ich: Bei Mehraufwendungen nur die Landesverteidigung vorzuschieben und alle andern Gebiete wie Entwicklungshilfe, Landwirtschaft usw. unerwähnt zu lassen, ist etwas abwegig.

Frau Jaggi hat eine Reihe statistischer Zahlen genannt. Sie hat sich auch auf einen Bericht von Professor Brailard von der Universität Genf bezogen. Es ist aber Tatsache, dass in verschiedenen Untersuchungen festgestellt worden ist, dass die Konkurrenzfähigkeit schweizerischer Banken zwar ungebrochen ist und sich auch im Hinblick auf die Zukunft positiv präsentiert, aber eben nicht unbedingt vom Finanzstandort Schweiz aus. Studien der OECD, des IMF, von Professor Brailard, von Arthur Andersen, aber auch der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) belegen, dass der Finanzstandort Schweiz an Wettbewerbsvorteilen verloren hat. Ich erlaube mir, Ihnen nachher eine graphische Darstellung auszuhändigen. Sie ersehen daraus, wie die Fondsvermögen in Milliarden Schweizerfranken im Jahre 1980 in der Schweiz und in Luxemburg ausgesehen haben und wie sich das gleiche Bild 1988 präsentiert, und zwar nicht nur in Franken, sondern auch hinsichtlich Anzahl Fonds. Da kann man doch nicht sagen, dass die Abwanderung keine entscheidende Rolle spiele.

Im Zusammenhang mit dem, was Herr Bundesrat Stich gesagt hat, auch in Bestätigung seiner Ausführung, möchte ich noch auf einen weiteren Zusammenhang hinweisen, der ebenfalls von Interesse ist. Ich zitiere hier Nationalrat Paul Eisenring, von

dem man sicher nicht sagen kann, er habe keine Kenntnisse im Bankensektor. Er schrieb unter anderem: «Die Folgen (dieser Entwicklung nämlich), dass das Ausland immer weniger Interesse an Anlagen in der Schweiz hat (woher kommt sonst die Schwäche des Frankens?) und damit der Geld- und Kapitalzufluss bei Banken und Finanzinstituten zunehmend zu wünschen übrig lässt, will man offenbar gar nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist längst schon zu beobachten, dass für die nun einmal sehr neuralgisch gewordene Hypothekarfinanzierung der nationale Spargelderzufluss als traditionelle Quelle dieser Finanzierung seit Jahren nicht mehr ausreicht. Die Banken und Finanzinstitute andererseits haben nicht allein den Hypothekarmarkt, sondern auch das kommerzielle Geschäft zu finanzieren. Jede bessere Einsicht in die Entwicklungstendenzen, die man insbesondere auch Politikern billigerweise sollte zumuten können, lehrt, dass es bei der heutigen Politik zwangsläufig zu den heute bitter kritisierten Zinsproblemen für den Hypothekarmarkt hat kommen müssen.»
Ich glaube, das ganze Problem muss auch unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Wahlen in ständige Kommissionen

Elections dans des commissions permanentes

Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins délivrés	43
eingelangt / rentrés	42
leer / blancs	0
ungültig / nuls	0
gültig / valables	42
absolute Mehr / majorité absolue	22

Alle Kandidaten haben 42 Stimmen erhalten.

Präsident: Ich gratuliere allen Gewählten.

Schluss der Sitzung um 12.00 Uhr

La séance est levée à 12 h 00

Neue Finanzordnung

Nouveau régime financier

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.041
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.12.1989 - 09:00
Date	
Data	
Seite	740-754
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 234

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.